

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 25. November 1933
14. Jahrgang Nr. 277

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 42 Pf. + 8 Pf. Postlohn = 50 Pf., monatlich 1,65 Mk. + 50 Pf. Postlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gebogenhaltene Millimeterzeile über deren Raum 12 Pf., Verlehn- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Rest am Ende: Die gebogenhaltene Millimeterzeile über deren Raum im Text 70 Pf. — Ausnahmegebühr in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43002. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 43002. Erscheint bei Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsband: Breslau. — Verlags: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43002.

Massensturm gegen „Präsidentalkabinett“

Macht die Betriebe und Stempelstellen kampffertig

Alle Antifaschisten vor die Front!

Aus dem Inhalt:

Gewerkschaftsbürokratie sorgt für Entlassung oppositioneller Mitglieder
Wie die Nazis Siedler und Bauern betrügen
Nazi-Regierung für Wohnsteuer
Konkordat mit Hilfe der SPD. und NSDAP.

Hitler wird nicht Reichkanzler, weder in einem „Mehrheitskabinett“ noch in einem „Präsidentalkabinett“. Darüber jubeln die sogenannten „republikanischen“ Blätter vom Schlage der „Volkswacht“ und des „Berliner Tageblatts“, als ob damit ein großer „Sieg“ errungen sei. Das ist infamer Schwindel, ein höchst gefährlicher Betrug der werktätigen Massen! Damit soll das arbeitende Volk nur über die riesengroße Gefahr hinweggetäuscht werden, die ihm jetzt droht.

Jetzt will Hindenburg ein neues „Präsidentalkabinett“ bilden. Ob mit offener Beteiligung der Nazis oder mit nationalsozialistischer Tolerierung, das läßt sich in diesem Augenblick noch nicht sagen. Für den Charakter der neuen Regierung ist das auch ziemlich gleichgültig. Das neue „Präsidentalkabinett“ an sich ist schon ein Programm der höchsten Arbeiterfeindschaft, ein Programm der faschistischen Diktatur!

Durch das „Präsidentalkabinett“ Papen-Schleicher hat das werktätige Volk Deutschlands wahrlich genug Erfahrungen gesammelt, um zu wissen, was es von einer zweiten Auflage einer solchen Regierung zu erwarten hat. Zu allem Überflusse hat auch noch Hindenburg in seinen Bedingungen für Hitler klar ausgesprochen, welche Gesichtspunkte das neue Kabinett in seiner Politik verfolgen soll.

Die erste Aufgabe der neuen „Präsidentalregierung“ ist die Fortsetzung des Papenschen „Wirtschaftsprogramms“. Das bedeutet: weitere Subventionen für die bestehende Klasse, weitere Lasten für das werktätige Volk, insbesondere aber

verschärfte Weiterführung des Lohnabbau-
feldzuges und des Unterstützungsabbaues!

Die zweite Aufgabe, die das deutsche Finanzkapital dem neuen Kabinett stellt, besteht in der beschleunigten Weiterführung des faschistischen Kurses in der Innenpolitik auf der Basis der „Staatsaktion“ vom 20. Juli; das heißt „Verfassungsreform“, Wahlrechts-„Reform“ und Verschärfung der Anordnungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse!

Die dritte Aufgabe endlich, welche der neuen faschistischen Diktatur-Regierung gestellt wird, besteht in der Weiterführung der imperialistischen Außenpolitik. Das ist die dritte ungeheure Gefahr für das werktätige Volk Deutschlands!

Belehrt durch die Erfahrungen des Kabinetts Papen-Schleicher will die deutsche Bourgeoisie dem neuen „Präsidentalkabinett“ von vornherein eine breite Massenbasis geben, damit es dem vordringenden Kommunismus wirksamer entgegenzutreten könne. Das ist ja überhaupt der ganze Sinn der Verhandlungen mit Hitler gewesen: die Nazis als einen wesentlichen Teil der Grundlage der faschistischen Diktatur heranzuziehen, ohne ihnen doch die ganze Staatsgewalt ausliefern zu müssen. Die Bourgeoisie will die

Konzentration aller faschistischen Kräfte

unter der Führung eines „Präsidentalkabinetts“; sie ist bereit, den Nazis in diesem Kabinett ein paar Posten zu geben, um sie um so fester in den Diensten des Finanzkapitals einspannen zu können. Aber auch das ist nicht entscheidend, ob die Nazis Ministerposten erhalten oder nicht; wesentlich und wichtig ist nur das, daß sie, wenn nicht als Teilnehmer, so doch als Stützen des neuen „Präsidentalkabinetts“ ihre Rolle als Schutztruppe des Finanzkapitals spielen werden.

Außer den Nationalsozialisten will die Bourgeoisie zunächst das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften „konzentrieren“ und dadurch dem neuen „Präsidentalkabinett“ über die Schwierigkeiten hinweghelfen, die dem Papen-Kabinett im Reichstag erwuchsen. Hindenburg soll mit den Parteiführern unterhandeln, um sie zu einer Tolerierungsmöglichkeit oder „Vertagungsmöglichkeit“ zu bewegen, d. h. zu einer parlamentarischen Mehrheit, die alsbald nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags seine Vertagung und Auflösung beschließen soll, um dadurch der „Präsidentalregierung“ vollkommen freie Bahn zu geben.

Aber auch die SPD. und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie spielen in den Plänen der Bourgeoisie eine große Rolle. Ihre Unterstützung braucht die Bourgeoisie nicht mit Ministerposten zu erkaufen; sie gebietet, selbst wenn sie (oder auch: weil sie) geprügelt werden die räubrige Stunde. Die

SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie soll (wie unter der Papen-Regierung) die Aufgabe übernehmen,

die faschistische Diktatur gegen die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse und die kommunistische Partei zu unterstützen!

Die Politik der SPD. gerade in diesen Tagen der Regierungsbildung ist ungeheuerlich. Statt die Arbeitermassen auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam zu machen, die mit der neuen Regierung drohen, hat die SPD.-Führerschaft durch Mitteilen über Hitler die Massen einschüchtern und zu täuschen versucht. Zugleich aber hat sie wiederholt ihre Zustimmung zu einem „Präsidentalkabinett“ zum Ausdruck gebracht, das sie ihren Anhängern als das „kleinere Übel“ gegenüber einer Hitler-Regierung hinstellen möchte, und sogar für eine Hitler-Regierung haben sich einige SPD.-Blätter ganz offen ausgesprochen!

Nazis und SPD. haben sich in diesen Tagen wieder als schlimmste Verräter an den arbeitenden Massen entlarvt. Die einen wie die anderen spielen ihre besondere Rolle als Stützen der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals. Wer gegen das neue „Präsidentalkabinett“ kämpfen will, muß sich bewußt sein, daß er damit auch den Kampf

Macht die Betriebe kampfbereit! Macht die Stempelstellen mobil! Mobilisiert die Mitglieder der freien Gewerkschaften und die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, die gegen den Hunger und Faschismus kämpfen wollen, für den Kampf in der roten Einheitsfront!

Keine Stunde ist zu verlieren: Alle Antifaschisten vor die Front! Die höchste Kampfbereitschaft muß hergestellt werden!

Breslauer Metallarbeiter! Alarm!

Heute Lohnstag mit neuem Lohnabbau! — Fordert ultimativ die Weiterzahlung der alten Tariflöhne! — Bei Ablehnung eurer berechtigten Forderung erhebt die Fahne des Kampfes!

Breslau, 25. November. Wie wir bereits berichteten, hat die reformistische und christliche Bürokratie mit dem Arbeitgeberverband der Breslauer Metallindustrie eine „freie“ Vereinbarung auf einen neuen Lohnabbau bis 2 Pfennig pro Stunde getroffen. Dieser neue Tarif tritt rückwirkend vom 13. November in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Januar 1934.

Metallarbeiterkollegen!

Heute bei Erhalt eurer Lohnsätze werdet ihr den ungeheuerlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie feststellen müssen. Die Breslauer Metallunternehmer werden euch heute die gekürzten Löhne auszahlen. Obwohl eure Lebenslage unerträglich ist, hat auch der SWP.-Führer Riepler neuen Lohnabbau mit euren Ausbeutern „frei“ vereinbart. Das ist die Gewerkschaftspolitik der SWP.: „Zwingt die Bonzen“, in der Tat. Wir erinnern an die Wahlausfälle der SWP. und ihre Versprechungen in den Wahlversammlungen, auch den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu organisieren und zu führen. Hier haben die Breslauer Metallarbeiter ein glänzendes Beispiel dafür, wie sich die SWP.-Führer den Kampf gegen Lohnabbau denken.

Obwohl ihr bei der Urabstimmung mit 82 Prozent jeden Pfennig Lohnabbau abgelehnt habt, hat Riepler und die übrige Bürokratie euch verraten! Wer wollte es wagen zu behaupten, daß unsere Behauptung nicht zutraf?

Trotz dieses Verrats ist die Breslauer Metallarbeiterchaft in der Lage, den Lohnabbau abzuwehren, vorausgesetzt, wenn sie geschlossen und einheitlich unter der Führung selbstgewählter Kampfleitungen, die Brocken hinauf. Gerade die letzten Wochen haben bewiesen, daß die Arbeiterchaft auch „in Zeiten der Krise“ siegreich kämpfen kann. Auf jeden Angriff der Unternehmer müssen auch die Breslauer Metallarbeiter kühn und mutig mit dem Gegenangriff antworten.

Metallarbeiterkollegen, was ist zu tun?

Galtet sofort Betriebs- und Abteilungsverfammlungen ab, wählt Lohnkommissionen mit dem Auftrag, an den Unternehmer ultimativ die Forderung auf Weiterzahlung der alten Tariflöhne zu richten. Überall dort, wo der Unternehmer eure berechtigten Forderung ablehnt, überall dort erhebt die Fahne des Streikampfes.

Jede faschistische Regierung muß scheitern!

Berlin, 25. November. (Eig. Drahtber.) Prälat Kaas ist gestern vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen worden. Gleichzeitig fand eine Begegnung zwischen Hitler und Eugenberg statt. Der Inhalt der Unterredung zwischen Hitler und Eugenberg wird geheimgehalten. Nachdem Hindenburg nicht zuletzt angesichts der wachsenden Empörung des Proletariats nicht gewagt hat, Hitler die vollkommene Macht auszuhändigen, ist die Bourgeoisie nervös geworden. Die verschiedensten Gerüchte werden laut: Reichstagsauflösung vor Zusammentritt, Neuberufung Papens und Versuch, mit den Parteien eine Verständigung herbeizuführen, ein neues Präsidentalkabinett zu tolerieren.

Die Stellung der Arbeiterchaft und aller Werktätigen zu diesen kampfhaften Veruchen der deutschen Bourgeoisie, die sich in ihren eigenen Widersprüchen und Gegensätzen windet, unter allen Umständen einen Zusammenschluß aller faschistischen Kräfte herbeizuführen, ist klar und eindeutig. Unter Führung ihrer Kampfproben kommunistischen Partei wird die Arbeiterchaft ihre Kampfpositionen in Betrieb und Stempelstellen einnehmen.

Kampf jedem Präsidentalkabinett! Unter den Schlägen und der Kraft der kämpfenden Einheitsfront muß jede faschistische Regierung scheitern.

Ruhrbergarbeiter erkämpfen Lohnerböhung!

Durch einstündigen Streik!

Die Bergarbeiter vom Revier 1 der Schachtanlage „Piergard“ klagten bei der Bekanntgabe der Löhne durch die Verwaltung für den Monat Oktober fest, daß der Dauerdurchschnittslohn nicht 7,71 Mark, wie der Tariflohn es verleiht, sondern nur 7,05 Mark betrug. Das habe bei der Morgenmüch des Reviers eine große Empörung aus- gelöst. Die Arbeiter erklärten, daß sie für diesen Lohn keine Schippe mehr anfrühe. Die Kumpels der Muttagmüch lösten dann den Reichslohn, nicht eher anzufahren, bis ihre Forderungen von der Verwaltung erfüllt werden.

Am 2 Uhr war Seilfahrt. Um 2.40 Uhr handten die Kumpels vom Revier 1 nach am Schacht. Die Direktion war in heller Aufregung und erwiderte, um mit dem roten Betriebsrat zu verhandeln. Es wurde dann ein Abkommen bewilligt: 20 Pfennig pro Schicht für jeden Bergarbeiter Mehrauszahlung bei gleichzeitiger Nachzahlung der zuwenig gezahlten Abzahlungen. Die Nachzahlungen für den Oktober sind noch in dieser Woche fällig. Erst nachdem die Verwaltung den Kumpels diese Zugeständnisse machte, fuhr die Bergmüch des Reviers 1 nach einmündigem erfolgreichem Streik in die Grube.

SPD. bettelt bei der Bourgeoisie um Posten

Die Magdeburger „Volksstimme“ (vom 22. November) wehlt in einem Artikel zur Regierungsbildung:

„Es gab Tage und Wochen, da stand Deutschland näher am Abgrund als heute. Da war die Unsicherheit größer und die Probleme der öffentlichen Verwaltung schienen unlösbar zu sein. Da wurde an Parteiführer das Ersuchen gerichtet: Uebernehmt

Verantwortung für Dinge, die ihr nicht verschuldet habt. Kommt her zum Opfer! Bereitigt euch an einer Regierung ... Die Parteiführer (der SPD.) haben es getan.“

Diese herzerweichende Klage des SPD.-Volkes ist offensichtlich Angeld eine demütige Bettelei um Posten im kapitalistischen Staats- apparat. Die Sozialdemokratie ist bereit, noch mehr dafür zu sorgen, daß die hungernden Arbeitermassen bis zum Weißbrot anspornen.

Die Bourgeoisie wird mit weiteren Fußritten antworten, ist sie sich doch dessen sicher, daß die Welt, Freischieb, Lüge, Leispart und Co. desto ergebener ihre Kapitulations- und Streibruchpolitik fort- setzen.

Streik gegen Pflichtarbeit

Solzsmünde. In dieser Stadt haben die Wohlfahrtszwecklofen, die zur Verrichtung von Pflichtarbeit herangezogen werden sollen, die Arbeit verweigert und sind in den Streik getreten, dem sich auch die Erwerbslosen des Arekes angeschlossen haben. Kindererziehung durch- ziehen die Strafen der Stadt und machen Propaganda für den Streik.

101 SPD.-Abgeordnete

Mühlheim (Ruhr), 25. November. (Fig. Drahtber.) In der heute abgehaltenen Sitzung des Reichstagswahlausschusses vom 23. Wahlkreis Düsseldorf-Weil, wird festgestellt, daß der SPD. infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost, ein weiteres Reichstags- mandat zufällt, das dem Genossen Walter Frant, Bochum, übertragen wird.

Nazi-Regierung für Wohnsteuer!

Das „Dritte Reich“ in Oldenburg wird immer toller! Die Nazi- Regierung des Gauleiters Röber, die mit ungeheuren Ver- suchungen an das wertvolle Volk ihr Amt antrat, hat bereits das Land Oldenburg so in die Finanzkatastrophe hineingewirtschaftet, daß sie nicht nur die Schlachtsteuer einführt, sondern sich jetzt bereits wieder nach neuen Steuerquellen umsehen mußte.

Als im vorigen Jahre die oldenburgische Regierung eine „Woh- nungsnutzungssteuer“ als einmalige Hilfe notleidender Gemeinden erhob, trieben die Nazis dagegen eine Demagogie radikaler Phrasen. Aber in diesem Jahre hat sich die Nazi-Regierung veranlaßt gesehen, dieselbe Wohnungsnutzungssteuer einzuführen, aber um 50 Prozent höher als im Vorjahre!

Die oldenburgische Wohnungsnutzungssteuer in Höhe von 6 Pro- zent der Friedensmiete (!) bedeutet eine ungeheuerliche Belastung der wertvollen Mieter; sie wird dazu führen, daß die Zahl der Mietsrückzahlungen und Zwangsraummengen noch weiter ansteigt. Die Nazis haben sich durch die Einführung dieser Steuer wiederum als Feinde der wertvollen Mieter gezeigt. Es ist die Aufgabe der Mietermassen, in der roten Einheitsfront den Kampf gegen die nationalsozialistischen Arbeiterfeinde zu führen!

Wie die Nazis Siedler und Bauern betrügen

Im Haushaltsausschuß des Landtages von Nazi-Mecklenburg wurde am Mittwoch, dem 23. November, das Gesetz, betreffend Errichtung des mecklenburgischen Siedlungsverbandes, beraten. In dieser Sitzung entlarvte unser Genosse Hans W a r n t e die großmächtigen Versprechungen der Nazis vor ihrem Regierungsantritt.

Die Nazis versprachen während der Wahlen, in 2-3 Jahren 25-25.000 Siedlerstellen in Mecklenburg zu errichten. Jetzt erklärt der Naziminister, das sei erst in 25 Jahren möglich! Immerhin, vor 11 Tagen noch sprachen die Nazis von 350-360.000 Hektar, die be- reit werden sollen, heute redet die Regierung beiseiden nur noch von 47.000 Hektar. Auch das sieht noch in Frage, denn die Finanzlage des Landes — die großmächtig als gelöst hingestellt wurde — hängt davon ab, ob das Reich Mittel zur Verfügung stellt.

Ein besonderes Kapitel in Nazi-Mecklenburg ist auch das der Zinsnechtheit, wogegen die Nazis in Versammlungen mit dem Maul so gerne kämpften! Einst versprachen die Nazis, daß in Mecklenburg keine Bauernstellen errichtet werden sollen, wenn nicht die Lebens- fähigkeit der Ackerballe gesichert ist.

Der jetzige Plan der Nazi-Regierung sieht eine Befassung der Ackerballe von 25-30 Mark pro Morgen vor, das geschieht, „um der Finanzlage des Landes eine bessere Grundlage zu geben“, wie der Nazi-Minister sich ausdrückte. Aus den Knochen der Siedler und Bauern soll also das Riesengeld der Nazi-Regierung mit heraus- gewirtschaftet werden.

Das ist der Haß der Nazis gegen die Zinsnechtheit! Nein, das ist elender Betrug an den kleinen Bauern und Siedlern, die sich von dieser Partei abwenden und sich hinter das Bauernhilfs- programm der SPD. stellen müssen. Kleinbauern und Siedler ge- hören mit dem Proletariat in die kämpfende Einheitsfront.

Konkordat mit Hilfe der SPD. und NSDAP.

Im Haushaltsausschuß des badischen Landtages stand am 23. No- vember das Konkordat zur Abstimmung. Der Kirchenvertrag, der der Kirche richtige Summen aus Steuerabgaben von Verhältnigen gibt und so weitgehenden Einfluß auf die Schulen verleiht, wurde mit den Stimmen des Zentrum und der Volkspartei beschloffen. Die Na-

nahme war nur möglich, weil sowohl die SPD. als auch die Nazi- partei sich der Stimme enthielt.

Seite an Seite stehen in Sozialdemokratie und Hitler-Partei in der Front der kirchlichen Reaktion und des Kulturfaschismus.

Mit zynischer Offenheit trat in einer Mitgliederversammlung der SPD. in Karlsruhe der sozialdemokratische Staatsrat R ü d e r t (auf Veranlassung des Reichs-Parteivorstandes) für das Konkordat ein; dem sozialdemokratischen „Volksfreund“ zufolge erklärte er u. a., daß der Vorsitzende des SPD.-Landesvorstandes Badens, Reinhold, der jetzt Opposition gegen das Konkordat mimt,

„bei allen Verhandlungen tatkräftig mitgewirkt hat und auch bei der Schlußabstimmung im Kabinett in Baden (1929) nicht wider- sprach. Die Formulierung des Schlußprotokolls ist eine gemeinsame Arbeit des Genossen Reinhold und Rüdert.“

Hitler mobilisiert SA. und SS. gegen das rote Berlin

Leipzig, 25. November. (Fig. Drahtber.) In der heutigen „Leipziger Volkszeitung“ ist an verdeckter Stelle folgende Notiz enthalten:

„Mobilisiert Hitler?“

In Dresden und Freital hat Hitler einen Teil der SA. und SS. mobilisiert. In der Nacht zum Mittwoch sind große Trupps feilmarschmäßig besetzt vom Dresdener Hauptbahnhof nach Berlin abgegangen.“

Diese Meldung muß alarmierend auf die antifaschistische Be- völkerung wirken. Hitler mobilisiert seine Terror- und Streibruch- organisationen zur Niederdrückung der bevorstehenden Massenkämpfe gegen Lohnabbau, für Arbeit und Brot. Die antifaschistische Aktion muß jetzt verstärkt einlezen. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter müssen mit uns zur Abwehr jeden faschistischen Terrors rufen.

Arbeiter demonstrieren gegen Hitler auch in Beuthen und Mikulstschüh

Beuthen OS., 24. November. Uns wird berichtet, daß auch am Mittwoch in den Abendstunden 200 Arbeiter auf der Krakauer Straße gegen Hitler demonstriert haben. Unter dem Gesang der „Inter- nationale“ und mit Niederrufen auf alle Volksfeinde demonstrierten

Nur die Kommunisten treten im Landtag für die Erwerbslosen ein

Berlin, 25. November. (Fig. Drahtber.) Bei Eröffnung des Preu- ßischen Landtags am gestrigen Tage erschienen zahlreiche Erwerbs- losendelegationen, zusammengesetzt aus kommunistischen, sozialdemo- kratischen, parteilosen und NSDAP.-Arbeitern, um der Not und dem Hunger von Millionen deutscher Erwerbsloser Ausdruck zu geben: „Öffnet die Speicher und Kohlenhalben und her mit dem Ueberfluß an Brot, Getreide, Kartoffeln und Kohlen!“ „Wir wollen die Speisung unserer hungernden Frauen und Kinder, wir wollen Heizung unserer kalten Wohnungen, wir wollen Rettung vor Hunger und Frost!“

Vergeblich hofften sie an die Türen der einzelnen Fraktions- zimmer. Sie erhielten entweder gar keine oder nur eine sehr frostige

Damit erweist sich die „Opposition“ Reinholds gegen das Konkordat als Mandat, um die einparteiigen sozialdemokratischen Arbeiter bei der SPD-Stange zu halten.

Rüdert „begründet“ die Konkordatspolitik der SPD. mit den Sätzen: „Ist das Konkordat wirklich wert, die Reaktion zu brechen? Sollen wir die Linie unserer dreizehnjährigen Politik verlassen?“

Ein wertvolles Eingeständnis! Um der Ministerposten in der Koalitionsregierung willen fördert die SPD. Reaktion und Kultur- faschismus, stärkt sie das Zentrum und bereitet der Nazi-Zentrum- koalition und der weiteren Entfaltung des Faschismus den Weg.

Das badische Konkordatsverbrechen der SPD. geht alle sozial- demokratischen Arbeiter im ganzen Reich an, denn es erfolgt im Einverständnis mit den Nazis und Freischieb und wirkt sich als Stär- kung des Faschismus im ganzen Reich aus.

Der Kampf gegen Kulturreaktion und Faschismus kann — das lehrt Baden wieder — von sozialdemokratischen Arbeitern nur geführt werden an der Seite der Kommunisten in der proletarischen Einheitsfrontaktion!

Betriebsproteste gegen Chemiker Todesurteil

In das Sächsische Justizministerium! Erheben härtesten Protest gegen das Todesurteil des Ferdinand Bartl, verlangen sofortige Aufhebung des Urteils und Freilassung. Belegschaft Orgler und Blumenfeld.

Belegschaft von Oskar Wiener, Breslau-Tschansch protestiert gegen Todesurteil an Arbeiter Bartl und fordert Aufhebung. J. A.: Der Betriebsrat.

Denkt daran!

Wir erscheinen im Zeichen der Notverordnungen

In einer Woche 70 Stück Lose

verkauft und abgerechnet hat die Betriebszelle BNN. und sofort noch 80 Stück mitgenommen!

... schickt uns sofort noch 50 Lose, denn die ersten 100 sind schon innerhalb unseres Ortes verkauft und wir wollen Sonntag auf Landpropaganda noch welche mitnehmen ...“ schreibt uns die kleine Ortsgruppe Krotzell!

Genossen! So macht es überall, dann kommen wir wirklich vorwärts mit der Verlosung:

„Arbeiterliteratur im Kampf für Einheitsfront- Aktion!“

Streckeneinbruch auf Delbrückschacht

die Arbeiter ungefähr zehn Minuten lang. Das eintreffende Polizei- überfallkommando löste die Demonstration auf und zerstreute die Ansammlungen.

Mikulstschüh, 24. November. Abends gegen 6 Uhr demonstrierten Arbeiter unter Abhängen von revolutionären Liedern durch die Haupt- straße. Die Demonstranten brachten Protestrufe aus gegen das Todes- urteil für den Antifaschisten Bartl in Chemnitz und Niederrufe auf die faschistische Diktatur. Die Demonstration löste sich dann auf.

4 Bergleute eingeschlossen

Hindenburg, 25. November. Am Donnerstag, gegen 20.30 Uhr, ging auf den Delbrückschächten eine Strecke von etwa 50 Meter zu Bruche. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurden vier Berg- leute eingeschlossen. Ueber ihr Schicksal ist zurzeit noch nichts be- kannt. Die Rettungsmannschaften sind am Arbeiten. Der Zusammen- bruch erfolgte auf der 400-Meter-Sohle des Redenslözes. Zwei der verschütteten Bergleute stammen aus Hindenburg, die beiden anderen aus Ost-Oberschlesien.

Genosse! Hast du schon einen Betriebsarbeiter und Gewerkschaftler für deine Partei gewonnen?

Die Beschlüsse des 12. Ekki-Plenums und der Reichsparteikonferenz machen es jedem Parteimitglied zur Pflicht, eine breite Werbekampagne in den Betrieben und an der innergewerkschaftlichen Front für die Partei durchzuführen. Die Durchführung der Beschlüsse erfordert, daß wir das Schwergewicht der Parteiarbeit auf die Betriebe und besonders auf die Großbetriebe verlegen. Die Werbung muß vor allen Dingen auf Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder konzentriert werden. Es gilt, die Betriebs- zellen der Großbetriebe, die Betriebsgruppen der RGO. auszubauen und zu verstärken.

Genossen! Stärkt die organisatorischen Positionen der Partei in den Betrieben!



Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband sorgt für Entlassung der oppositionellen Verbandsmitglieder

(Gewerkschaftskorrespondenz.)

Breslau, den 25. November 1932.

Breslau. Im vergangenen Jahre wurden in der Haase-Brauerei in Breslau, Diener Straße, eine Anzahl revolutionärer Arbeiter, die sich im Verband oppositionell betätigten, aus dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ausgeschlossen und auch kurze Zeit später aus dem Betrieb der Haase-Brauerei entlassen.

Die Verbandsbürokratie griff auch bei diesen Ausschüssen zu einem Kollisionsverfahren und erklärte, daß die Kollegen Krysia, Schubert, Wuttke, Göbel, Klottka, Werner, Hoffmann, Dritter, Vober und Schmidt als A.O.D.-Mitglieder keine Verbandsbeiträge mehr bezahlen hätten und aus diesem Grunde aus dem Verbands ausgeschlossen werden müßten. Das entsprach aber nicht den Tatsachen. Schließlich wurde auch der größte Teil dieser aus dem Verband ausgeschlossenen Kollegen auch aus dem Betrieb entlassen. Hier hatte man wieder einen Grund gefunden. Die Kollegen sollten unehelich gewesen sein, und aus diesem Grunde sollte die Entlassung erfolgt sein. Die Kollegen waren sich schon damals klar, daß auch diese Angaben nicht den Tatsachen entsprachen, nur war es nicht möglich, sofort Klarheit über das Zusammenwirken zu erlangen.

Wir haben jetzt festgestellt können, daß die Gründe der Entlassung wie auch des Ausschlusses lediglich in der Tatsache zu suchen sind, daß die Kollegen innerhalb des Verbandes in Breslau oppositionell eingestellt waren und die Bürokratie die oppositionellen Kollegen entlassen wollte. Hier ist der Beweis dafür. Folgendes Rundschreiben schrieb der Verband an die ihm treu ergebenen Funktionäre in der Haase-Brauerei:

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Betr.: M/W Breslau, den 26. März 1931.

An alle Funktionäre der Brauerei E. Haase (Betriebsratsvorsitzende und Kassierer) Werte Kollegen!

Euch zur Kenntnis, daß aus Euren Betriebe folgende Kollegen bei uns nicht mehr als Mitglieder geführt werden, weil sie als A.O.D. Beiträge nicht mehr geleistet hatten. Wir haben sie gestrichen und sie kommen auch für die Zukunft für uns als Mitglieder nicht mehr in Betracht. Offiziell ausgeschlossen ist Krysia; gestrichen sind: Schubert, Albert Wuttke, Heinrich Hoffmann, Göbel, Klottka, Werner, Dritter, Vober, Schmidt.

Wenn sich außerdem noch Mitglieder dort für die A.O.D. betätigen, ist uns entsprechende Mitteilung zu machen. Wir müssen unter allen Umständen mit diesen Leuten aufräumen. Mit bestem Gruß

(Stempel) gez. P. Nawrotz.

In diesem Rundschreiben der Bürokratie des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes liegt der Schlüssel zur Entlassung der oppositionellen Kollegen. Die Entlassung ist eine Maßregelung, wie sie sonst von Unternehmern gegen uneheliche revolutionäre Arbeiter erfolgt. Hier gab der Bürokrat Nawrotz den Funktionären des Verbandes den strikten Auftrag, mit den oppositionellen Kollegen anzugreifen. Es ist erklärlich, wenn ein Betriebsratsvorsitzender vom Verbandsbüro diesen Auftrag erhält und der Betriebsratsvorsitzende ein fanatischer Kommunistenfresser und Futterkrüppeljäger ist, daß er dann nach allen möglichen Mitteln zur Erledigung trachtet.

Die Verbandsbürokratie sorgt dafür, daß die oppositionellen Verbandskollegen auf die Straße fliegen

Wie tief ist diese Verbandsbürokratie gesunken. Einst wurden die Gewerkschaften gegründet von Klassenbewußten Arbeitern zu dem Zweck, den unterdrückten Proletariern zu helfen und bei der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Heute liefern die „Führer“ dieser Gewerkschaften die revolutionären Arbeiter dem Unternehmer und der Stempelkelle, damit der Verlesung und dem Hunger aus, oder, wie in Oplau, wo sie die Verbandsmitglieder der Staatsanwaltschaft übergeben.

Gewerkschaftskollegen, packt euch nicht der Esel vor so viel Lumperei? Gibt es noch mehr Betriebsräte, die für eine korruptierte Bürokratie bereit sind, ihre Klassengenossen bei dem Unternehmer zu denunzieren und zur Entlassung zu bringen? Doch, es gibt noch welche, die durch solche schmutzige Arbeit im Ansehen der Bürokraten steigen und dadurch eine fette Futterkrippe erhalten wollen. Es ist

Linke-Hoffmann-Kollege berichtet:

Aus Breslaus größter Hungerbude

Kommunisten die einzigen, die den Mut haben, die Verhältnisse im Betrieb aufzuzeigen

Breslau. Unsere, am vergangenen Freitag erstmalig veröffentlichte Sonderseite für die B.V.G.-Arbeiter, hat eine außerordentlich gute Aufnahme gefunden. Wir veröffentlichen heute eine Reihe von Erklärungen aus den verschiedenen Abteilungen des Betriebes. Lassen wir die Kollegen selber sprechen:

Abteilung Formerei:

Hier berichtet uns ein Kollege folgendes: Die Freitag-Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ hat in unserer Abteilung eine lebhafteste Diskussion ausgelöst. Die Kollegen konstatierten mit freudiger Begeisterung, daß endlich einmal eine Zeitung den Mut gefunden hat, die Verhältnisse im Betrieb so zu schildern, wie sie wirklich sind. Das Vorhandensein einer Nazizelle in der S.P.D.-Hochburg hat die Meinung der Kollegen des Betriebes über ihren Betriebsratsvorsitzenden Gustav Scholz befestigt. Er war wohl insstande, die Kommunisten aus dem Betriebe hinaus zu denunzieren, aber etwas ernsthaftes zu unternehmen, um den Betrieb fischschwarz zu halten, hat er bis zum heutigen Tage nicht getan. Daraus muß man folgern, daß ihm die Nazis wahrscheinlich lieber sind, als die ehrlichen revolutionären Arbeiter. Also ganz nach dem Muster seines traurig berühmten Parteigenossen und Abgeordneten Schöpflin, der doch einmal

ohne jeden Zweifel, daß die oppositionellen Kollegen deshalb auf Geheiß entlassen wurden, weil man fürchtete, daß bei der Betriebsratswahl eine rote Liste auf der Tagesordnung erscheinen werde.

Die Bürokraten der Gewerkschaften mögen noch so schändliche Mittel im Kampfe gegen die revolutionären Arbeiter anwenden, sie mögen sich noch so sehr als Mittel der Unternehmer betätigen, die Arbeiter werden den innergewerkschaftlichen Kampf nicht aufgeben, sondern verstärken.

Die Kollegen müssen durch dieses Schanddokument erkennen, daß es zwingendste Pflicht ist, sich sofort zu Oppositionsgruppen innerhalb des Verbandes zusammenzuschließen und dann den entscheidenden Kampf gegen die Nawrotz und Konsorten aufzunehmen. Die Ortsverwaltungen der Verbände müssen den Arbeitern nichts, solange sie in den Händen solcher zu jeder Schlechtigkeit gegen die Arbeiter fähigen Bürokratie liegen, sondern sie werden erst dann für die Arbeiter etwas nützen, wenn sie von revolutionären Arbeitern geleitet und in die Tageskämpfe eingesetzt werden. Darum gilt es die innergewerkschaftliche Arbeit zu verzehnfachen, jeden Klassenbewußten Kollegen innerhalb des Verbandes für die Oppositionsgruppe zu gewinnen.

gelagt hat: Lieber zehnmal mit Groener, als einmal mit den Kommunisten.

Abteilung Maschinenbau:

Ein Kollege aus dieser Abteilung berichtet wie folgt: Wir waren freudig überrascht, als wir nach Feierabend die Sondernummer der „Arbeiter-Zeitung“ erhielten. Beim Lesen der Berichte aus den verschiedenen Abteilungen, stellten wir fest, daß sie Material enthielten, was durchaus den Tatsachen entspricht. Wir versprechen euch auch gleich, neues Material zu beschaffen, um eine neue Sonderseite herausgeben zu können. Als die Kollegen im Verlaufe der Diskussion auf den neuen Lohnabbau zu sprechen kamen und dabei die vorgeschlagenen Abwehrmaßnahmen erwoogen, konnte man folgende typische Einstellung einzelner Kollegen beobachten. Sie sagten zu einem Streik folgendes: Der Kollege Ziegler hat uns gesagt, die Metallindustriellen warten nur darauf, daß wir streiken. Dann könnten sie die Unruhmärsche schicken. Wie unhaltbar die echt Zieglerische Premierparole ist, erkennen selbst die Kollegen dieser Abteilung, indem sie sie selbst als faule Ausrede bezeichneten.

Ein Kollege überreichte uns folgende Dokumente, die beweisen, wie die Metallarbeiterkollegen im letzten Jahre planmäßig ihres Lohnes beraubt worden sind:

Table with 2 columns labeled 'LH-B' and rows showing wage data for 'Dreher' in 1931 and 1932.

Lohnbeutel 1931 Lohnbeutel 1932

Diese beiden Gegenüberstellungen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie die Lebenslage der Metallkollegen sich von Monat zu Monat unter der kapitalistischen Wirtschaftskrise verschlechtert. Aus diesem Grunde müssen sich die Kollegen ernsthafter mit den Abwehrmaßnahmen des Ziegler befassen. Es ist keineswegs so, daß die Metallindustriellen nur auf euren Streik warten, daß sie dann die Buden schließen wollen. Im Gegenteil, diese Kapitalisten versuchen nur eine möglichst hohe Profitrate aus euren Knochen herauszuziehen. Inwiefern es den Unternehmern der Gattung, ihre Maßnahmen durchzuführen zu können, hängt von der Entschlossenheit des Kampfes ab, mit dem ihr ihn eröffnet. Euer Tarif läuft sehr kurz. Er soll normaler Weise am 31. Januar ablaufen. Wenn nicht früher, so doch zu mindest zu diesem Zeitpunkt werden die Metallgewaltigen versuchen, eine neue Lohnreduzierung eures Lohnes herbeizuführen.

Darum gilt es bereits jetzt die Abwehrmaßnahmen zu treffen. Es genügt nicht, daß ihr in den Versammlungen des D.M.B. jede Lohnförmung abgelehnt habt. Ihr müßt über die Köpfe der Verbandsbürokratie hinweg den Kampf eröffnen und in eure eigenen Hände nehmen. Nur so werdet ihr Gewähr dafür haben, daß die Lohnrauboffensive der Metallunternehmer zurückgeschlagen werden kann.

Schließt euch den Oppositionsgruppen innerhalb der Branchen des D.M.B. an, wählt im Betrieb einen revolutionären Vertrauensmännertörper, der eure Forderungen unterbreitet und vom Unternehmer eine klare Antwort verlangt. Metallarbeiterkollegen, schließt euch ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit zusammen zur roten Einheitsfront der Lat, damit ihr bei der Ablehnung eurer Forderungen und bei jedem Pfennig Lohnraub den Abwehrkampf auf breiter Grundlage eröffnen könnt.

Diktatur im Gesamtverband

Anmittelbar nach dem Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, wo die Gesamtverbandsbürokratie mit den Unternehmern in einer Front gegen die kämpfende Einheitsfront der Gesamtverbandsmitglieder, A.O.D.-Mitglieder und Unorganisierten stand, tagte vom 18. bis 20. November der Beirat des Gesamtverbandes.

Diese Körperschaft, welche aus besoldeten Vorstandsmitgliedern und aus Spitzenfunktionären des Gesamtverbandes besteht, übernahm hier die Funktion des ersten ordentlichen Verbandstages, und der zu wählenden Delegierten der Mitglieder. Der erste ordnungsmäßige Verbandstag des Gesamtverbandes war bereits in der „Gewerkschaft“ Nr. 20 vom 14. Mai 1932 für die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November in Hamburg festgesetzt und laut Statut ordnungsmäßig bekanntgegeben. Eine Verbandsbeiratsitzung am 11. Juni 1932 hatte die Verlegung des Verbandstages auf unbestimmte Zeit beschlossen. Damit hatte sich die Gesamtverbandsbürokratie der Verantwortung vor den Mitgliedern für ihre Lohnabbau- und Notverordnungsmaßnahmen entzogen. Die jetzige Beiratsitzung beweist, daß die Gesamtverbandsbürokratie die Diktatur über die Mitglieder verschärfen will. Der Verbandsbeirat hat weitgehende Satzungsänderungen beschlossen. Das Beitragswesen wurde vollständig geändert. Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde neu gewählt und dabei in seiner Macht gegenüber den Mitgliedern außerordentlich gestärkt. Neben 14 besoldeten Hauptvorstandsmitgliedern sind nur noch 17 unbesoldete Mitglieder im Hauptvorstand vertreten. Der Verbandsbeirat hat selbst die Verringerung seiner Mitgliederzahl von etwa 145 auf 83 beschlossen. Davon sind mehr als die Hälfte besoldete Angestellte des Gesamtverbandes.

Was haben hierbei die Breslauer Verbandsbeiratsmitglieder getan? Unter ihnen befinden sich noch angebliche Arbeiter aus den Betrieben, wie z. B. der Ladierer Krause von der Straßenbahn. Die Gewerkschaftsmitglieder fordern Rechenschaft, fordern eine Mitgliederversammlung und die Einberufung des Verbandstages.

Diese Tagung des Verbandsbeirats zeigt offen für alle Mitglieder des Gesamtverbandes die verschärfte Diktatur der Bürokratie und ihre verstärkte Bereitwilligkeit, den kommenden Lohnabbau sowie alle Unternehmerrangriffe durchzuführen und die kämpfende Einheitsfront der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter zu verhindern.

Der Verbandsbeirat nahm auch Stellung zu dem Streikampf der Berliner Verkehrsarbeiter. Eine planmäßige Herbe der Gesamtverbandsbürokratie gegen die kämpfende Einheitsfront der B.V.G.-Arbeiter und gegen die A.O.D. und K.P.D. soll die streikbrecherische Rolle der Bürokraten vertuschen. So behauptete der Tarifsekretär Paul Schulz in seiner Rede zum Verkehrsstreik in Berlin, daß der Streik abgebrochen sei, ohne die Aufhebung der Maßregelungen zur Bedingung zu stellen. Die Tatsachen des B.V.G.-Streiks beweisen, daß die Streikleitung schon während des Streiks die Forderung auf Wiedereinstellung aller Kollegen aufstellte. Die B.V.G.-Arbeiterklasse kämpft mit der gesamten Arbeiterklasse auch jetzt für die Wiedereinstellung aller Gemäßigten. Die Gesamtverbandsbürokratie hat an

ihre Betriebsräte in der B.V.G. die Anweisung gegeben, die restlose Wiedereinstellung der gemäßigten B.V.G.-Arbeiter zu verhindern. Die reformistische Mehrheit des Betriebsrats hat danach gehandelt und nur einen Teil der Einsprüche der Entlassenen anerkannt. Die Gesamtverbandsbürokratie schreibt in ihrem Artikel in der „Gewerkschaft“ Nr. 47 über den Streik bei der B.V.G.:

„Der Gesamtverband hat grundsätzlich erklärt, ihn leite keine Satz- und Nachpolitik. Im Gegenteil, er tritt offen dafür ein, daß die Entlassenen wieder eingestellt werden. Aber er verlangt, daß zuerst die von der Entlassung betroffenen freien Gewerkschaftler ihre Arbeitsstelle einnehmen können.“

Damit unterstreicht die Gesamtverbandsbürokratie ihre verräterische Absicht, die Wiedereinstellung aller Gemäßigten zu verhindern.

Aus dem Berliner Verkehrsarbeiterkreis haben auch die Breslauer Gemeindegewerkschaften gelernt. Sie werden gegen jeden solchen Versuch der Bürokratie des Gesamtverbandes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Front machen. Der Lohnkampf der Breslauer Gemeindegewerkschaft ist nicht aufgehoben, sondern nur verschoben.

Am 31. Dezember 1932 soll der Lohnraub von 6 Pfennig pro Stunde erneut eintreten. Die Gemeindegewerkschaften sind fest entschlossen, ihre gefassten Streikbeschlüsse ausrecht zu erhalten und bei Eintritt des Lohnraubes auch die Beschlüsse in die Praxis umzusetzen, auch gegen den Willen der Verbandsbürokratie.

Die Gesamtverbandsbürokratie behauptet in dem Bericht von ihrer Beiratsitzung im „Vorwärts“ vom 22. November:

„Wir haben die Demokratie zu verteidigen.“

Die Demokratie im Gesamtverband ist durch die Ausschlüsse oppositioneller Funktionäre und Mitglieder, durch die Statutenänderungen ohne Beitrag der Mitglieder gestreift worden. Die Mitglieder des Gesamtverbandes sollen durch die Diktaturmaßnahmen der Gesamtverbandsbürokratie verhindert werden, durch ihre gewählten Vertreter Rechenschaft von dem Hauptvorstand in einem ordnungsgemäßen Verbandstag zu fordern. Stärker als je ist es notwendig, daß die Mitglieder des Gesamtverbandes ihr Bestimmungsrecht innerhalb der Organisation nachdrücklich wahrnehmen. Die Mitglieder haben jetzt härter als vorher das Recht auf Klarheit und Beantwortung der brennenden Fragen über Taktik und Politik der Gesamtverbandsbürokratie. Die Mitglieder müssen sich ihre Leitungen selbst wählen.

Es ist Aufgabe aller Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, die Einheitsfront aller Kollegen im Kampf gegen Unternehmer und Lohnabbau wirksam innerhalb des Gesamtverbandes, der Sektionen, Branchen und Ortsverwaltungen einzusetzen gegen die Diktatur der Bürokratie, gegen die Streikbruchrolle und die Lohnabbaupolitik der Gesamtverbandsführung. Wählt Klassenbewußte Mitglieder in die Leitungen des Gesamtverbandes. Verteidigt und sichert euer Mitgliederrecht! Mobilisiert die Gewerkschaftler zum Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie. Organisiert die Oppositionsgruppen im Gesamtverband!

Advertisement for 'Weiße Zähne: Chlorodont' toothpaste, mentioning 6 million people and quality.

RUND UM DEN ERDBALL

Nazi-Schacht — die Säule der Erfüllungspolitik

Wie der Reichsbankpräsident mit jährlich 340 000 Goldmark eine Kriegervitwe um ihr Letztes brachte — Werttätige Nazis, das ist der Intimus eures Hitler!

Der „Völkische Beobachter“ und der „Angriff“ brachten in großer Aufmachung ein Interview mit Dr. Schacht, in dem dieser erklärt, daß nur Hitler der berufene Mann für den deutschen Reichskanzlerposten sei. Wir sind heute in der Lage, aus dem Leben dieses Herrn Dr. Schacht einige Tatsachen zu enthüllen, die zeigen, daß Dr. Schacht, der neue Heros der Nazis, einer der erbärmlichsten Ausbeuter und der eigentliche Befürworter des Dawes-Plans ist.

Herr Dr. Schacht privat

Es hat eine Zeit gegeben, wo Herr Dr. Schacht noch nicht Reichsbankpräsident a. D. war, noch keine gewaltigen Pensionen bezog, sondern bescheidene Einkünfte. Nun, es gibt ein Sprichwort: „Früh übt sich, wer ein Meister werden will.“ Es war im Jahre 1905, Herr Dr. Schacht wollte, offenbar in der Vorbereitung zukünftiger Größe, eine eigene Villa besitzen. Er borgte sich von einem Hauptmann v. B. 50 000 Mark und errichtete eine Villa. Es kam der Krieg, der Hauptmann zog ins Feld und fiel. Er hinterließ eine Witwe und zwei Kinder.

Im Jahre 1921 war die Inflation in vollem Gange. Die 50 000 Mark aus dem Jahre 1912, die auf der Villa des Herrn Dr. Schacht lasteten, repräsentierten nur noch einen geringen Bruchteil dieser Summe. Herr Dr. Schacht, der ja Fachmann in solchen Dingen ist, wußte offenbar, daß bald ein Umwertungsgesetz kommen werde. Er beeilte sich daher, so rasch als möglich die Schuld zu lösen, und schrieb an die Frau Hauptmann v. B. den folgenden Brief:

„Nationalbank für Deutschland
Einschreiben! Berlin WS 27 9 1921.

Frau Hauptmann H. v. B.

Sehr geehrte gnädige Frau!

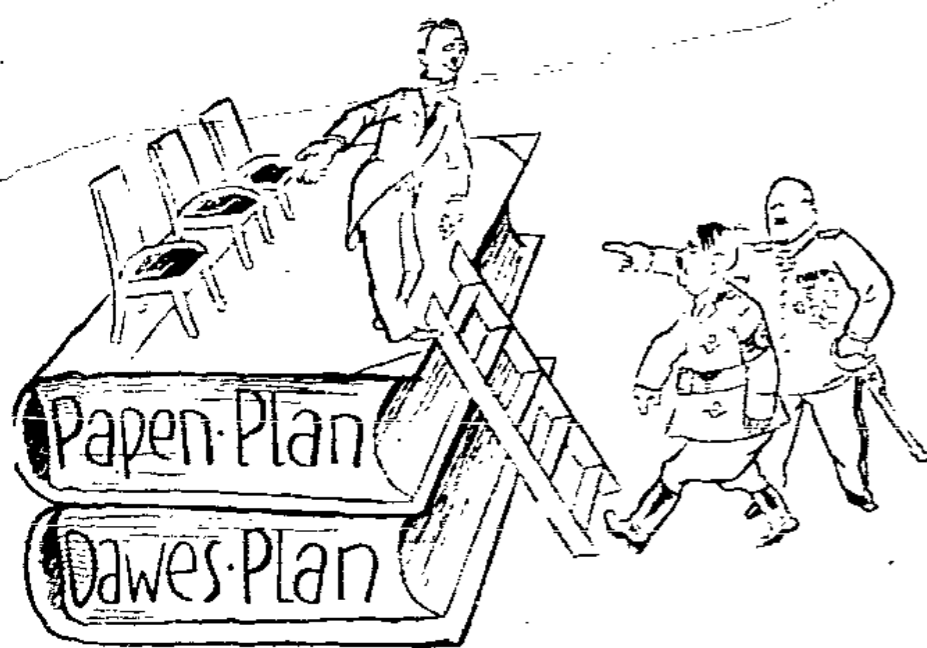
Auf meinem Grundstück Zehlendorf ist für Sie eine Hypothek von 50 000 Mark eingetragen. Diese Hypothek kündige ich hiermit zur Rückzahlung am 1. Januar 1922. Ich sehe Ihren Nachrichten entgegen, wohnen der Betrag über wesen werden soll. Ich werde mir seiner Zeit erlauben, an Sie heranzutreten, um Sie gegen Zahlung der Hypothekens valuta um Ausstellung einer löschungsfähigen Quittung zu bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. Hjalmar Schacht.“

1100 für 50 000 Mark!

In Papierfetzen zahlte also, gemäß dem Grundlag „Mark gleich Mark“ Herr Dr. Schacht lumpige 50 000 Papiermark



= 1100 Goldmark für 50 000 Goldmark zurück. Einige Tage, nachdem Herr Dr. Schacht auf die Weise die Witwe des gefallenen Hauptmanns betrogen hatte kam das Umwertungsgesetz. Die betrogene Frau wandte sich an Dr. Schacht mit einem Brief und wies darauf hin, daß sie ganz mittellos mit zwei unversorgten Kindern lasse, daß er doch im vollen Besitz dieser 50 000 Goldmark sei, und daß ihn schließlich, ihr wenigstens der gesetzlichen Aufwertungswert von 11 000 Goldmark zu geben. Aber Herr Schacht, der damals bereits Reichsbankpräsident war,

ein Einkommen von 340 000 Mark im Jahr bezog antwortete mit folgendem zynischen Brief:

„Reichsbankpräsident

Dr. Hjalmar Schacht.

Berlin, 12. September 1925.

Frau v. B.

Auf ihr gefl. Schreiben ohne Datum teile ich Ihnen höflich mit, daß irgendeine Veranlassung für mich weder rechtlich noch moralisch besteht, Ihrem Anspruch Folge zu geben, und ich bedaure deshalb, ihn ablehnen zu müssen.

Hochachtungsvoll

gez. Dr. Hjalmar Schacht.“

Herr Dr. Hjalmar Schacht, der Prophet der Nazis, der Mann, der sich bewußt als Vorhelfer des Mittelstandes aufspielt, der Mann hat sich an der Inflation auf die niederträchtigste Weise persönlich bereichert, hat auf die unverdächtigste Weise gesamte Mittelständler beraubt und bestohlen. Alles gemäß dem Grundlag „Mark ist Mark“.

Aber Herr Schacht kennt auch einen anderen Grundlag. Im Jahre 1925, zur selben Zeit, da Herr Schacht die Witwe des gefallenen Hauptmanns beraubt hat, mit dem Hinweis darauf, daß er ihr doch 50 000 Papiermark zurückgezahlt hat, wird Herr Schacht zum Verteidiger der Fürstlichenabfindung in Deutschland, erzie er sich mit seiner ganzen Autorität dafür ein, daß den „verarmten“ Fürsten auf Kosten der Mittelständler und der werttätigen Massen Millionen in den Taschen geworfen werden.

Schacht, Erfüllungspolitiker

Herr Schacht war derjenige, der sich für die Annahme des Dawesplans eingekocht hat. Deutschland kann zahlen, kann in jedem Jahre 3000 Millionen ans Ausland abführen, warum auch nicht? Wie man das zustande bringen soll? Herr Schacht äußerte sich einem Deutsch-Amerikaner gegenüber, einem Herrn Georg Enlvestor Biered, der diese Äußerung dann am 8. August 1926 in der Wiener Freien Presse veröffentlicht hat, folgendermaßen:

„Wir haben den festen Willen, Tag und Nacht wie Sklaven zu arbeiten, uns bis zum Äußersten Steuern aufzubürden“

16jähriger Millionärssohn als Mörder

Eine aufsehenerregende Kriminalaffäre beschäftigt die Chicagoer Polizei. Die besten Detektive suchen den sechzehnjährigen Bert Arnold, Sohn einer Chicagoer Millionärsfamilie, der aus der Villa seiner Eltern verschwunden ist. Er steht unter dem Verdacht, seine Großmutter, Frau Ellen Sage, ermordet und den Leichnam in einen Brunnen im Garten der Villa geworfen zu haben.

Der Mord an der sechsundsechzigjährigen Frau geschah in einer Nacht, in der das Millionärschepaar Arnold sich im Theater bestand. Nach der Entdeckung des schrecklich zugerichteten Leichnams ergaben die Ermittlungen der Kriminalpolizei, daß die alte Frau nur von einer Person erschlagen sein konnte, die in der Villa genau Bescheid wußte und ungehindert aus- und eingehen konnte. Außerdem war der sechzehnjährige Millionärssohn spurlos verschwunden.

Man fand in seinem Zimmer ein ganzes Arsenal von Kriminalromanen und Detektivgeschichten, in denen die gruseligsten Stellen über heftigste Morde mit Hautstift unterstrichen waren. Es scheint sich also wiederum um die Tat eines reichen Jünglings zu handeln, dessen verbrecherische Instinkte durch Nichtstun und Wohlleben gefördert wurden. Solche Fälle sind in Amerika bekanntlich nicht selten.

Schonkranke der Ketter

für den Wiener Frauenirger

Wien, 24. November. Der Frauenwürger Leitgöb wurde am Mittwochabend zu lebenslanglichem Ketter verurteilt. Dies ist die höchste Strafe, die in Oesterreich nach dem geltenden Gesetz verhängt werden kann, da bekanntlich durch die Verfassung die Todesstrafe abgelehnt worden ist.

Unmittelbar nach der Urteilsverkündung unternahm Leitgöb einen Fluchtversuch. Er sprang durch das Fenster des Gerichtssaales auf die Straße hinunter. Es gelang ihm aber nicht, zu entkommen. Er hatte sich lediglich eine blutige Verletzung an der Stirn zugezogen und wurde sofort ins Gefängnis des Landgerichts übergeführt.

Der Verurteilte war angeklagt, in der Zeit von 1917 bis 1932 sieben Frauen, darunter seine Großmutter, ermordet zu haben.

Großfeuer in einer Eupener Papierfabrik

Am Dienstag brach in der Garage der Papierfabrik Kaiser in Eupen ein Brand aus, der so schnell um sich griff, daß in kurzer Zeit das große Garagengebäude mit neun Kraftwagen, darunter einem Omnibus, vernichtet wurden. Der Dachstuhl des Hauptgebäudes wurde zum größten Teil zerstört. Auch das ausgedehnte Papierlager, in dem mehrere tausend Kilo verarbeitete Papiere, darunter eine Wagenladung Luftschlangen, aufgestapelt waren, wurde teilweise vernichtet.

Schweres Explosionsunglück

Am Kaffweg in Marburg a. d. Lahn, wo zur Zeit Sprengungen vorgenommen werden, um Erde für den Ausbau der Auto-Umgehungsstraße zu gewinnen, erfolgte eine Explosion, durch die ein Arbeiter getötet und drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Explosion wurde dadurch verursacht, daß von einer Sprengung am Kartage in der Erde eine Sprengpatrone stecken geblieben war. Bei den heutigen Arbeiten von einer Spitzhade getroffen wurde.

Die Mörderin ihres Neffen geisteskrank

Die Herrin Frau Dr. Klastet, die am 5. dieses Monats im Krankenhaus in Pardubitz ihren durch eine Explosion schwer verunglückten Neffen, einen 14-jährigen Realgymnasialisten, aus Mitleid wegen der ihm drohenden völligen Erblindung und körperlichen Verunstaltung durch fünf Revolverkugeln getötet hat, wurde aus der Haft entlassen. Auch die Mutter des Getöteten, die sich im Einverständnis mit ihrer Schwester befand und gleichfalls verhaftet war, ist in Freiheit gesetzt worden. Die Freilassung der beiden Frauen erfolgte auf Grund der von den Ärzten über ihren geistlichen und körperlichen Zustand erstatteten Gutachten. Frau Dr. Klastet wurde in eine Anstalt für Geistesranke übergeführt.

Herr Schacht ist also bereit, das deutsche Volk wie Sklaven Tag und Nacht arbeiten zu lassen, aus den werttätigen Massen Deutschlands Milliarden herauszupressen, den Bauern und Mittelständlern Steuern bis zum Äußersten aufzubürden, um den Verpflichtungen des Dawesplans nachzukommen.

Das also ist der Herr Dr. Schacht, das ist der Mann, auf den Hitler sich heute stützt, der Hand in Hand mit Hitler geht zur Errichtung einer faschistischen Diktatur, zu einer neuen Versklavung Deutschlands, wie er es bereits in den Jahren 1924-25 getan hat.

Die ausgebeuteten Mittelständler und Kleinbauern, die ihre Hoffnung auf Hitler setzen, müssen jetzt erkennen, woran sie sind. Hitler und Schacht — die sind heute ein und dasselbe. Hitler identifizierte sich mit dem Dieb am Mittelstand, mit dem Mann der Inflation, mit dem Mann des Dawes-Plans, der, wie seine Herrschaft in den Jahren 1922 bis 1926 gezeigt hat, zur Macht gekommen, den vollständigen Ruin des Mittelstandes und der Bauernschaft herbeiführen wird.

Hinweg mit diesen Betrügnern und Räubern!

Man riecht Alkohol

New York, 24. November. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß, die Beratungen über eine neu einzuführende Biersteuer bereits am 7. Dezember aufzunehmen. Die Ausichten auf eine Abänderung des Prohibitionsgesetzes sind zwar nach wie vor im alten Kongreß, der am 5. Dezember zusammentritt, unklar. Trotz allem muß aber damit gerechnet werden, daß Hoover ein etwaiges Abänderungsgesetz nicht votieren wird, wenn es im Kongreß eine Mehrheit finden würde.

Wildweib in Polen

Ueberfall auf eine Postkutschke

Warschau, 24. November. Unweit des kongreßpolnischen Städtchens Opotow fanden Bauern gestern auf der Chaussee einen Postwagen, der von Banditen völlig ausgeraubt war. Der Postillon, der Schaffner und ein Passagier waren aus einem Hinterhalt am Waldestrand niedergeschossen und getötet worden. Da ein großer Teil des Verkehrs in Polen noch durch Postauto- und Postwagen ausgeführt wird, hat der Vorfall erhebliche Unruhe verursacht. Die Polizei sucht mit starken Aufgeböten die Wälder des ganzen südlichen Kongreßpolens nach den Räubern ab, die vorher schon mehrere andere Ueberfälle erfolgreich durchgeführt hatten.

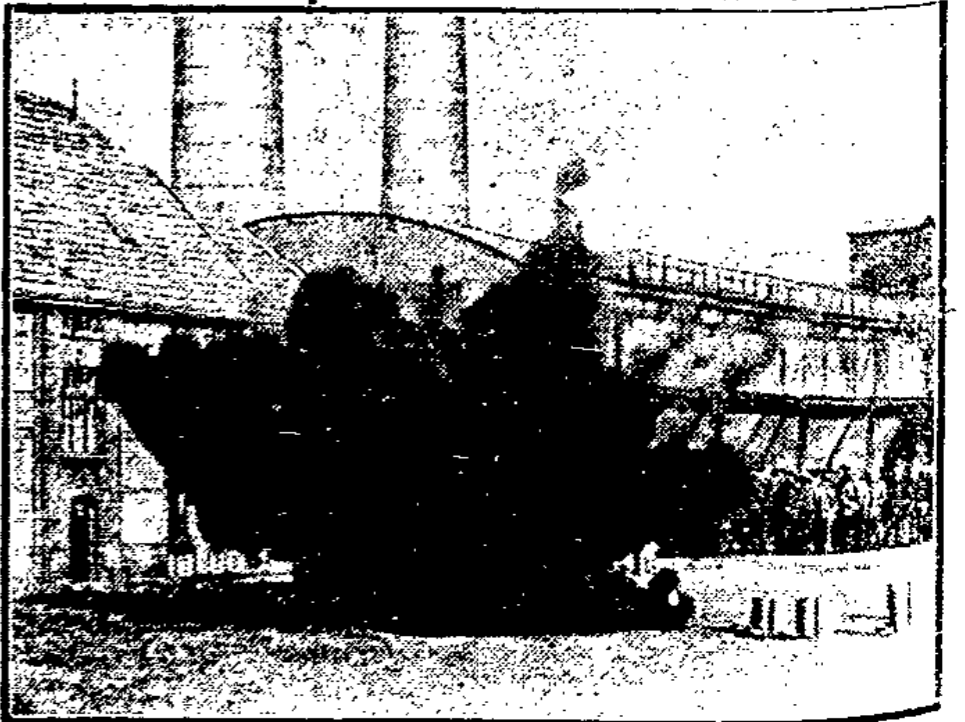
Mord und Selbstmord

Auf dem alten Friedhof in Bergedorf wurde der 43jährige Gerbetarbeiter Schwabe erhängt aufgefunden. In der Wohnung des Mannes fanden Polizeibeamte wenig später seinen zwölfjährigen Sohn erwürgt auf. Schwabe war seit einigen Jahren verwitwet und seit 1930 erwerbslos. Wirtschaftliche Sorgen und Schmerzmut scheinen ihn veranlaßt zu haben, seinen Jungen zu töten und Selbstmord zu verüben.

Weltrekordflieger Smith nähert sich England

Der junge südafrikanische Flieger Smith, der, wie seinerzeit gemeldet, auf seinem Rekordflug Kapstadt—London eine Notlandung hatte vornehmen müssen und fast eine Woche verschollen war, ist jetzt wohlbehalten in Perpignan in Frankreich gelandet. Von dort ist er nach einer Meldung des englischen Luftfahrtministeriums nach Avignon weitergefliegen, wo er gleichfalls niederging.

Der Kampf mit dem schwarzen Tod



Unser Bild berichtet von einer Versuchsvorführung auf einer Zeche in der Nähe Bochums: eine Wettersprengstoffpatrone wird in Kohlestaub zur Explosion gebracht, um die Bergleute zur Vorsicht im Umgang mit den im Bergbau angewendeten Sprengstoffen zu mahnen und ihnen gleichzeitig die Eigenschaften der verschiedenen Explosionsarten zu zeigen.

DIE ERSTEN DER WELT

Grüß den Stoßbrigadlern – den Helden des sozialistischen Aufbaus!

„Komsomolskaja Nr. 2“



Der erste Spatenstich



Wir gehen an die Arbeit!



Der Bau ist vollendet



Zu unseren Bildern. Links oben: Der Hochofen „Komsomolskaja Nr. 2“ der Hüttenwerke in Magnitogorsk. — Rechts oben: Ein russischer Bauarbeiter beim Ausschachten einer Baugrube. — In der Mitte: Eine Bauarbeiterkolonne aus Stalingrad geht morgens zur Arbeit, zur Errichtung des großen Traktorenwerkes. — Unten: Der Industriepalast in Charkow.

„Unter Lenins Fahne siegten wir in den Kämpfen um die Oktoberrevolution, unter Lenins Fahne errangen wir entscheidende Erfolge im Kampfe um den Sieg des sozialistischen Aufbaus, und unter der gleichen Fahne werden wir in der proletarischen Revolution auf der ganzen Welt siegen! Es lebe der Leninismus!“ (Stalin.)

Danzig — ein Knotenpunkt imperialistischer Gegensätze

Unser proletarischer Internationalismus im Kampf gegen die Kriegs- und Raubpläne Pilsudski-Polens

Das Auwärtinge Amt der deutschen Reichsregierung hat in diesen Tagen einen Besuch empfangen, von dem die Bourgeoisie in der Öffentlichkeit auffallend wenig spricht. Es handelt sich um den Besuch des Außenministers im polnischen Außenministerium, Szembel. Die Verhandlungen, die Herr Szembel mit der deutschen Reichsregierung pflegt, werden sorgsam vor dem Licht der Öffentlichkeit behütet, und nur soviel ist bekannt geworden, daß in nächster Zeit auch der neugebadene polnische Außenminister Dorszt Bed selbst nach Berlin kommen soll. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese deutsch-polnischen Verhandlungen sich in erster Linie mit der Rüstungsfrage, der Danziger Frage und der Frage der deutschen Ostgrenzen beschäftigen.

Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen aber beginnt die Entwidlung der Dinge in Danzig eine außerordentlich bedrohliche imperialistische Zuspitzung anzunehmen. Die Vorstöße des polnischen Imperialismus zur Annektion des Danziger Hafens werden immer offensichtlicher, und Polen stützt sich bei diesen räuberischen Angriffen zweifellos auf den Völkerbund. Die polnische Regierung hat die Einführung des Flots auf den Eisenbahnen im Danziger Gebiet verordnet und damit einen weiteren Schritt zur Einverleibung Danzigs in den polnischen Imperialismus unternommen.

Die deutsche Bourgeoisie hat die letzte Entscheidung des Völkerbundskommissars Kisting als einen „Sieg“ Danzigs gegen Polen zu feiern versucht. Dabei war offensichtlich, daß diese Entscheidung des Völkerbundskommissars dem polnischen Imperialismus erneut weitere Hoheitsrechte über die Danziger Zollverwaltung zubilligte. Soweit die Entscheidung Kisting den polnischen Forderungen nicht restlos entgegenkommt, handelt es sich um einen Ausdruck der Beziehungen Englands, der französischen Vorherrschaft in Europa einen gewissen Damm entgegenzusetzen.

Es war im August, als unter Leitung des Herrn Kisting jene neuen Kriegsschiff-Verbindungen abgeschlossen wurden, die dem polnischen Imperialismus das Recht geben, eine unbegrenzte Zahl von Kriegsschiffen mit unbegrenzter Aufenthaltsdauer im Hafen von Danzig zu halten. Es muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß 14 Tage später der Reichsanzler von Papen vor der ausländischen Presse erklärte, daß die „Korridorfrage augenblicklich für Deutschland nicht aktuell“ wäre. Diese Aeußerung beweist, daß der deutsche Imperialismus, um sich Konzessionen in der Rüstungsfrage zu erkämpfen, den von der englischen Regierung erzwungenen Ostkarnoplänen, d. h. einer feierlichen Anerkennung der Abtrennung deutscher Gebiete in Polen, nicht so ablehnend gegenübersteht.

Um die ganze Gefahr zu begreifen, die in diesen englischen Plänen enthalten ist, muß man daran erinnern, daß der englische Imperialismus gegenwärtig eine ganz besondere Aktivität in der Verfolgung antisowjetischer Pläne an den Tag legt. Die Pläne eines Ostkarnow werden nach den Vorschlägen des Lord Rothermere verbunden mit einem polnisch-deutschen Antisowjetbündnis oder, wie es wörtlich in diesen Vorschlägen heißt, einer „gegenseitigen Garantierung der polnischen Ostgrenzen gegenüber der Sowjetunion“.

Am Hintergrunde der deutsch-polnischen Verhandlungen und der imperialistischen Vorstöße Polens zur Annektion Danzigs stehen also die Konturen höchst gefährlicher Kriegspläne ab. Danzig wird zum Knotenpunkt der Gegensätze zwischen dem polnischen und deutschen Imperialismus, aber auch gleichzeitig zum Schacherngobjekt im Kampfe Englands und Frankreichs um die Hegemonie in Europa. Bei all diesen Gegensätzen zeigt sich aber immer klarer, daß alle Imperialisten sich bemühen, diese Gegensätze auf Kosten der Sowjetunion auszutragen.

Wie sich auch die Lage Danzigs und der Ostgrenzen entwickeln möge, es ist augenscheinlich, daß die imperialistischen Mächte sich immer mehr dem Punkt nähern, wo sie die Frage nur noch durch den imperialistischen Krieg „lösen“ wollen. Die sich täglich steigende Kriegsbegeisterung sowohl in Polen wie in Deutschland ist das sicherste Anzeichen dafür, daß die Bourgeoisie der beiden Länder zu imperialistischen Kriegsabenteuern rüstet. In dieser Situation gewinnt der internationale Kampf der Kommu-

R.P. Englands im Kampf gegen Versailles

Ein Aufruf des 12. Parteitages unserer englischen Bruderpartei

London, 24. November. In einem Manifest des 12. Parteitages unserer englischen Bruderpartei an die Werktätigen Englands heißt es unter anderem:

„Der Parteitag der Kommunistischen Partei lenkt die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die Tatsache, daß das System von Versailles einer der Gründe der Verelendung der deutschen Arbeiter und eine Waffe der kapitalistischen Offensiv gegen die Arbeiter aller Länder ist.“

Der räuberische Vertrag von Versailles ist eine Quelle der wachsenden imperialistischen Konflikte, die zu neuen Kriegen führen. Der britische Imperialismus spielt seine imperialistischen Akteure gegeneinander aus, und verschärft dadurch die Gegensätze, steigert die Rüstungen und die Kriegstreiberien.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei ruft alle Arbeiter Englands auf, ihre Kräfte mit den Arbeitern Deutschlands und Frankreichs zu vereinen, um das niederträchtige System des Versailler Vertrages durch die internationale Klassenaktion zu vernichten.

Der Parteitag erklärt, daß der Kampf gegen Krieg und Intervention eine der dringendsten Aufgaben der Arbeiterklasse ist.

So schließt der Kommunismus das brüderliche Bündnis der Werktätigen aller Länder im Kampf gegen das räuberische Versailler System und gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Unter den Fahnen des Kommunismus wird die unüberwindliche internationale Front des Proletariats errichtet, die allein die Versailler Sklavensesseln zerbrechen kann, die auf dem deutschen werktätigen Volk lasten.

Südtirol verraten und verkauft!

Neue Kniefälle Nazi-Rosenbergs vor dem italienischen Finanzkapital — Nur der internationale Kampf der Kommunisten befreit die Minderheiten vom imperialistischen Joch

Mailand, 24. November. Wir brangerten bereits die schmachvolle und knechtliche Haltung der Naziführer gegenüber dem italienischen und englischen Finanzkapital an. Die Nazi-Propaganda wagte bisher noch immer nicht, auf die Beschuldigung zu antworten, daß Hitler die geknechteten und unterdrückten Deutschen Südtirols verraten und verkauft hat, um dafür die Freundschaft des italienischen Finanzkapitals zu erschachern. Den deutlichsten Ausdruck fand dieser Verrat in der Anwesenheit einer Nazi-Delegation bei den Siegesfeierlichkeiten in Bozen und in den knechtlichen Reden Nazi-Rosenbergs auf dem faschistischen Europakongress in Rom.

Nurmehr wird dieser schändliche Verrat an den Deutschen Südtirols erneut durch einen Ausspruch Rosenbergs bestätigt. Rosenberg hatte eine Unterredung mit dem faschistischen Parteisekretär Marinacci. Als Marinacci Rosenberg fragte, wie er sich die Frage Südtirols vorstelle, antwortete Rosenberg:

Die Haltung der Nationalsozialisten bezüglich Südtirols sei durch die Erklärungen Hitlers festgelegt, der ausdrücklich versichert habe, daß das Problem der deutschen Minderheiten in Italien kein Hindernis zur Annäherung zwischen Italien und Deutschland sei.

Damit bestätigt Rosenberg erneut, daß die Nazis die deutschen Minderheiten in Italien, die aufs furchtbarste geknechtet und unterdrückt sind, nicht nur preisgeben, sondern bewußt verkaufen und verraten.

Landesheute und Agenten des internationalen Finanzkapitals, das sind die nationalsozialistischen Führer, die mit den

Stahlhelmführern in Stiefelkeder bei den englischen und italienischen Finanzmagnaten wetteifern.

Wir Kommunisten sind die einzigen, die im Geiste des proletarischen Internationalismus gegen die Knechtung und Unterdrückung aller Völker und Minderheiten den Kampf führen. Die Unterdrückung der Minderheiten ist untrennbar verbunden mit dem Kapitalismus überhaupt. Gegen das Bündnis der Nazis mit dem italienischen Finanzkapital stellen wir das enge und brüderliche Bündnis der deutschen und italienischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf für die Befreiung der kapitalistischen Unterdrückten. Durch diesen gemeinsamen Kampf, und nur durch diesen, werden auch die Werktätigen Südtirols ihre nationale und soziale Befreiung und das uneingeschränkte Recht der Selbstbestimmung erhalten.

Streit der Hüttenarbeiter in Spanien

Madrid, 24. November. Nachdem bereits über eine Woche etwa 30 000 Bergarbeiter in der spanischen Provinz Asturien im Streit stehen, sind am 21. November auch noch 2500 Hüttenarbeiter in den Streit getreten. Die Hüttenarbeiter fordern eine Erhöhung ihrer jämmerlichen Hungerlöhne. Die sozialdemokratische republikanische Regierung zieht größere Truppenabteilungen im Streitgebiet zusammen.

Wichtige Arbeiterdemonstrationen in Sofia

Sofia, 23. November. Unfähig der Befreiung des von mazedonisch-faschistischen Banditen ermordeten Genossen Mitew fanden in Sofia große Protestdemonstrationen statt. Trotz des unerhörten Polizeiterrors demonstrierten die Arbeiter in allen Stadtteilen, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Bei allen Demonstrationen traten Redner auf, die die Schandtat der faschistischen Regierung geißelten und gegen die Verhaftung der bulgarischen Arbeiter, abgeordneten protestierten. Auch für die nächsten Tage werden weitere Demonstrationen und Kämpfe der bulgarischen Arbeiter gegen die Verfolgung der bulgarischen Arbeiterpartei erwartet.

Sofia, 23. November. Gestern abend 8 Uhr drang ein starkes Polizeiaufgebot in das Klubhaus der Arbeiterpartei ein und verhaftete alle anwesenden Arbeiter, etwa 100 an der Zahl. Sie wurden in das nächste Polizeirevier gebracht, wo die blutigen Verhandlungen die ganze Nacht hindurch andauerten.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

46. Fortsetzung

Zu diesem Zweck entzogen wir die Zentralisten der Pflicht, die illegale Literatur und Flugblätter persönlich abzuholen, befreiten sie von der Aufgabe, sie bei sich zu tragen, bei sich zu verbergen, sie zu verpacken, wie es früher der Fall war. Diese Arbeit übergaben wir einer besonderen technischen Gruppe. Die Arbeit dieser Gruppe hatte eine sehr große Bedeutung für die ganze Organisation. Sie bestand in Verbreitung und Ankleben der Proklamationen und Verteilung der Literatur. Diese Arbeit forderte wirkliche Ergebnisse der revolutionären Sache und großen Mut. Die Genossen, die diese Arbeit verrichteten, mußten sich alle konspirativen Griffe und Schliche, die dazu gehörten, zu eigen machen. Sehr viele neugeworbene Arbeiter begannen, bevor sie „Zentralisten“ oder Gruppenmitglieder wurden, ihre revolutionäre Tätigkeit in den technischen Gruppen.

Den „Zentralisten“ und „Gruppierten“ oblag hauptsächlich die Pflicht, die Agitation und Propaganda zu leiten, Verbindungen zu suchen, die Organisation zu festigen, „liegende Meetings“, Zirkel, Massenversammlungen, „Selbstschutz“ (gegen die Zensurprogramme), politische Klubs und Streiks zu organisieren. Eine große Bedeutung für die Organisation hatten die sogenannten Meldebewohnungen und die Sammelwohnungen. Erstere bildeten den Generalstab des Bezirkes, besonders während Streiks. Von dort aus wurden die Agitatoren verteilt, von dort aus wurden die Arbeiter in jene Fabriken und Werke geschickt, die noch arbeiteten, um sie zum Streik zu bewegen, dort wurden die Bulletin verstreut, Streiks aufgezogen, Flugblätter geschrieben. In die „Sammel“-Wohnungen pilgerte die „Technische Abteilung“ (die illegale Druckerei) die illegale Flugblätter zu bringen, von wo aus die technischen Gruppen sie abholten, um sie in den Fabriken zu verteilen.

Die „Melde“-wohnungen waren beim Zahnarzt Solowej, dem Arzt Lewinsohn und dem Genossen Wassiljewskij.

Im April und Mai 1905 war der Dalnizker Bezirk gewungen, da Pogrome im Anzug waren, sehr viel Zeit der Organisation, dem „Selbstschutz“, zu widmen, der übrigens größtenteils auch Propaganda gegen die Pogrome machte. Der Mangel an Waffen, das Unverständnis mit ihnen umzugehen, die Unkenntnis militärischer Dinge — alles dies war ein großes Hindernis zur Organisation eines wirklichen Selbstschutzes.

Trotz allen diesen Schwierigkeiten gingen im Sommer 1905 der Dalnizker Bezirk und mit ihm auch die anderen, mit größerem oder kleinerem Erfolg zu einer ganz neuen Art der Organisation über, die zur Führung der beginnenden Massenbewegung der Arbeiter besser geeignet war.

Die Frage: „Wo kommen wir zusammen?“ stand sehr oft vor uns.

„Es gibt überhaupt keine Wohnungen, die nicht schon einmal aufgefliegen wären und die nicht unter Beobachtung stünden“, sagte ich eines Tages dem Genossen S.

„Vielleicht versammeln wir uns in Causeron oder in Fontan?“

„Nein, auch dort geht's nicht. Die Polizei beobachtet uns sehr.“

„Wo sollen wir also heute zusammenkommen?“ rief ich.

„Gehen wir in den Hafen. Dort wimmelt es ständig von Landstreichern. Versuchen wir einmal, uns dort zu treffen.“

Wir gingen den Abhang hinunter, uns entgegen kamen schwer beladene Wagen. Wir gingen an Lagern vorbei. Die Luft war mit jenem spezifischen Geruch von Rauch, Meerwasser, faulem Obst und Staub durchdrungen, der allen Häfen eigen ist. Die Krähne dröhnten, die Hebel knarrten die Lastträger trugen zentnerschwere Kisten auf dem Rücken, Schiffe, die aus allen Weltteilen kamen, wurden beladen und geladert.

Wir gingen an all diesem Lärm, an diesem ganzen Gefummel vorbei und erreichten endlich den Wellenbrecher.

Eine wunderbare Aussicht auf das Meer eröffnete sich uns hier. Über dem Meer hing wie ein blaues Zelt, der Himmel mit seinen schneeweißen, hurtig hingleitenden Wolken. Der ununterbrochene Angriff der Wellen gegen den steinernen Damm schlug in unser Ohr über der grünlich-blauen Fläche des Meeres Hogen, laut schreiend. Alles war wunderbar. Ich konnte mich vom Anblick der endlosen Weite des Meeres nicht losreißen. Plötzlich sah ich mich um und erblickte auf dem Hintergrunde all dieser Schönheit eine Gruppe von Landstreichern, die wie schwarze Gespenster anmuteten. Sie waren zerfetzt, barfußig und schimpften

und fluchten auf die widerlichste Weise. Die Gesichter vieler von ihnen spiegelten die letzte Stufe des menschlichen Verfalls wider. Besonders überraschte es mich, daß dort, wo sie saßen, lagen, tranken und aßen, Haufen von Menschenkot herumlagen, die einen unerträglichen Gestank ausströmten. Es fiel mir übrigens besonders auf, daß, je schöner das Ufer, je wunderbarer die Aussicht von dort aufs Meer war, es der sinkende Menschentot verunreinigte und entstellte.

„Hol's der Teufel!“ fluchte Genosse Mijscha. „Das ganze Ufer ist doch ein scheußliches Klosett! Unerträglich stinkt es hier! Mir ist schon ganz übel. Hier kann man sich unmöglich treffen.“

„Schaut euch mal dieses Herrchen an, diesen Judenbengel!“ schrie ein Landstreicher. „Zhrer Nase gefällt wohl dieser Bauernmüß nicht? Was hier für ein Gefindel herumklimmelt! In die Presse müßte man euch hauen! Gefällt's euch nicht, so macht, daß ihr fortkommt!“

„Gehen wir“, flüsterte Mijscha. „Es lohnt nicht, sich mit ihnen einzulassen. Kommt es zu einer Rauferei, so schmeißen sie einen ins Meer.“

Wir entfernten uns, von mißtrauischen Blicken der Landstreicher begleitet.

„Was sollen wir nun anfangen?“ fragte ich Genossen Mijscha.

„Wo sollen wir die Besprechung abhalten?“

Mijscha dachte nach.

„Die Sache steht schlecht“, sagte er. „Die Wohnungen sind alle hochgegangen. Warten Sie einmal! Ich habe einen Ausweg gefunden. Ich hatte gar nicht daran gedacht. Gehen wir zu Spira Magdoptich. Er hat zwei sicherbaren. Wir werden ihn bitten, uns zu helfen. Er nimmt uns in seine Boote auf und wir können dann die Sitzung einige Meile vom Ufer abhalten. Es wird den Ansehen haben, als fahren wir hinaus, um Fische zu fangen.“

Als der Streit in Odessa begann, verriethete die erweiterte und verbesserte Organisation des Bezirkes die Arbeit so gut, daß der Dalnizker Bezirk sich gegen eine Vereinigung mit den Menschewiken und mit dem Bund aussprach, da in jenen Parteien, wo Streiks ausbrachen, ebenso wie im ganzen Dalnizker Bezirk (außer in der Fabrik von Waltuch) die Menschewiken keine Verbindungen mit den Arbeitern hatten. Während der Streiks waren unsere Agitatoren gezwungen, fast offen vor den Fabriken, Kneipen, im Stadtpark, in der Balkower Straße, überall, wo Arbeiter sich versammelten, aufzutreten.

(Fortsetzung folgt.)

Barzik erklärt: „Gemeinsamer Streik ist Unfinn!“

Sichtbildervortrag ist der Gewerkschaftsbürokratie wichtiger als der Kampf gegen den Lohnabbau Falschliche Methoden zur Unterdrückung des Willens der Kollegen — Jung-Bauarbeitern wird falschlicher Zwangskursus empfohlen

Waldenburg. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung in der am Dienstag stattgefundenen kombinierten Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes beantragte Kollege Hegel, daß der Sichtbildervortrag wegfällt oder als zweiter Punkt behandelt wird, da die Lohnfrage weit wichtiger ist.

Ueber diesen Antrag ließ der Versammlungsleiter, der Angestellte Hänisch, trotz des Protestes vieler Kollegen, nicht erst abstimmen und ging zur Tagesordnung über.

Im Sichtbildern wurde die Entwicklung der Organisation gezeigt, allerdings nur aus der Zeit, wo die Organisation der Bauarbeiter, welchen Namen sie auch im monarchistischen Staat zu führen gezwungen war, eine Kampforganisation war, die vom Unternehmertum gefährdet wurde. Die Haltung des Bundes in den letzten Jahren verpörrte die Kollegen am dauernden Lohnabbau, weshalb man sich wahrscheinlich solche Statistiken in Bildern erspart.

Den Bericht über den Stand der Lohnbewegung gab der Angestellte Barzik. Darüber ist schon in der letzten Versammlung berichtet worden. Einige Firmen erklärten sich bereit, den alten Lohn weiterzuzahlen, weshalb auch dort die Kollegen nicht vom Bau gezogen wurden. Die Hoffnung auf eine Verbindlichkeitsklärung — so meinte Barzik — besteht nicht, so daß vielleicht auf die Dauer mit einer tariflosen Zeit gerechnet werden kann.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Hegel, Seidel, Schiller, Schach, Fischer, Rieie und Dlugosch.

Sie wiesen nach, daß die Gewerkschaftsführer die Kampffront zersplittern, indem sie den Kampf nicht verbreitern und die Bauten der Firmen, die dringende Arbeiten haben und nur deshalb den alten Lohn weiterzahlen, nicht mit in den Kampf ziehen.

Ein oppositioneller Kollege, der wegen einer Baustelle im Verbandbüro Auskunfts haben wollte, erhielt von Hänisch die Antwort: „Das soll dich nichts tragen!“ Von mehreren Kollegen wurde das unkollegiale Verhalten der beiden Angestellten den Kollegen gegenüber scharf angezweifelt. Die oppositionellen Kollegen forderten auf, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, die noch Arbeitenden zum Solidaritätsstreik zu bringen und eine einheitliche Kampffront zwischen Bauarbeitern und Zimmerern herzustellen. Wir können es nicht länger dulden, daß uns das Brot vom Tisch gerissen wird, und wollen gegen Unternehmervillkür kämpfen, wie wir das früher getan haben! Kollege S. stellte den Antrag, über den Streik abstimmen zu lassen. Die Bonzen dachten einfach nicht daran, die Abstimmung vorzunehmen, und handelten so wie Faschisten.

Barzik erklärte, ein gemeinsamer Streik sei Unfinn!

Er ist der Auffassung, daß wir dadurch nicht bei uns, sondern bei den Unternehmern die „Einheitsfront“ herstellen. Eine Abstimmung über den Streik ist nicht notwendig, die Kollegen sollen eben dort, wo es weniger gehen soll, nicht arbeiten.

Also, das ist der einzige „gute Rat“, den Barzik den Kollegen geben kann. Nur nicht etwa einen geschlossenen Abwehrkampf zuhandeln lassen. Gegen die Angriffe der Kollegen verteidigte sich Barzik mit unhaltbaren Argumenten und faulen Wigen.

Scharf kritisiert wurde von zwei Kollegen die Vermittlung junger Bauarbeiter zu einem „Fortbildungskursus“, wo sie bei schlechter Kleidung und abgerissenem Schuhwerk für ein Mittagessen arbeiten sollen. Als ein Kollege sich im Verbandbüro erkundigte, ob er dafür arbeiten soll, wurde ihm erklärt, daß er, wenn er so viel kriegt, lieber arbeiten soll.

Krankheitsherde im Betrieb Zielsch

Kalte Arbeitsräume, nasse Kleider und Schuhe — Die Belegschaft fordert warme Arbeitsräume und Kleiderkästen — Schmiedet die Einheitsfront der Tat um eure Forderungen im Betriebe!

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Waldenburg. Mit Beginn der Frostperiode jetzt für die Kollegen und Kollegen wieder eine Leidenszeit ein. In manchen Abteilungen ist es vor Kälte nicht auszuhalten. Besonders im Brennhaus hat es einige Winkel, wo es vor Kälte nicht auszuhalten ist. Auch in der Dreherei, wo die Leute noch dauernd im kalten Wasser pantischen müssen, ist es hundstark. Das schönste aber sind die Ankleideräume. Meistens sind die Kleider naß. An ein Trockenwerden ist nicht zu denken.

Die Arbeiter müssen nach Arbeitschluss die nassen Kleider und Schuhe anziehen.

Unter diesen Umständen ist es wahrhaftig kein Wunder, wenn Husten und Schnupfen chronische Erscheinungen sind. Zu dem neuen Direktorengebäude sieht es freilich anders aus. Die Luftheizung ist nichts für die Direktoren. Man hat da eigens eine schöne saubere Dampfheizung reingelegt. In den Ankleideräumen wird ab und zu auch was gestohlen. Das ist nur möglich, weil keine Schränke vorhanden sind. Es mangelt sogar an Schlüsseln, um die Ankleideräume abzuschließen. Wir machen die Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam, daß die Firma verpflichtet ist, die gestohlenen Sachen zu ersetzen, wenn sie nicht für genügende Sicherheit sorgt.

Im Brennhaus und vor allem in der Dreherei müssen sich die Kolleginnen und Kollegen zum gemeinsamen Kampf gegen die dortigen unhaltbaren Zustände zusammenschließen. Fordert warme Arbeitsräume! Fordert anständige Kleiderkästen, damit ihr nicht in nassen Kleidern und Schuhen nach Hause gehen braucht! Wählt sofort in jeder Abteilung die besten Kollegen zu euren Vertrauensleuten. Durch gemeinsames Auftreten wird es möglich sein, die Erfüllung eurer Forderungen zu erreichen!

NSBO. — gelbe Streikbrecherorganisation!

Waldenburg. Wir haben jetzt auch bei Zielsch eine Betriebsgruppe des NSBO. Was das ist? Hat sich das noch nicht herumgesprochen? Das NSBO ist die Abkürzung für Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Ja, das grüß bei uns jetzt a. Einweilen blieben

Weil die Bedingungen schlecht und die jungen Maurer, also nicht nur Lehrlinge, für ihr Fach beim Ziegelabtragen oder Starre fahren nichts lernen könnten, wählten sie eine Delegation aus vier Kollegen, die mit Dr. Rodewald verhandeln sollten.

Dieser Herr drohte bei eventueller Ablehnung dieses „Kurses“ mit einer zwölfwöchigen Sperre. Dr. Rodewald ist auch ein Sozialdemokrat und will durch die Trohngung junge Maurer zwingen, für ein Mittagessen zu arbeiten.

Kollegen des Baugewerksbundes und Zimmererverbandes! Diese Versammlung hat euch klar und deutlich gezeigt, daß ihr den Kampf gegen Lohnabbau nur selbst organisieren und führen könnt. Wählt euch Streikleitungen aus eurer Mitte. Tutet nicht, daß euch durch das passive Verhalten der Gewerkschaftsbonzen der Lohn noch mehr gekürzt wird. Denkt an eure heroischen Kämpfe in wilhelminischer Zeit. Nur unter der Führung der besten eurer Kollegen, die gegen die Gewerkschaftsbürokratie einen ernsthaften Kampf führen, ist es möglich, den Lohnabbau abzuwehren.

Zimmerleute und Bauarbeiter, geht selbst auf jene Baustellen, wo noch gearbeitet wird, und überzeugt eure Kollegen von der Notwendigkeit des Solidaritätsstreiks! Wählt auf jeder Baustelle aus eurer Mitte Streikleitungen! Nur wenn ihr auf eure eigene Kraft und nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie vertraut, könnt ihr den Lohnabbau verhindern. Es lebe der Kampf! Es lebe der Sieg!

Jeder Bauarbeiter liest

Der Pionier

Reichsorgan der RGO. Industriegruppe Bau
Veröffentlichung der Reichsorganisation der Arbeiter für den Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter
Berlin-Neukölln, Anfang September 1931 / 2. Jahrgang / Nummer 17

Gefahrenquelle auf dem Hans-Heinrich-Schacht

(Bergarbeiterkorrespondenz)

Eine Gefahrenquelle für die Kameraden des Hans-Heinrich-Schachtes bleibt die Befahrung der Autobahn auf der 4. Sohle. Es ist eine Vereinbarung getroffen zwischen Bergbehörde und Grubensverwaltung, wonach eine bestimmte Zeit über Schichtwechsel der elektrische Strom von der Hochspannungsleitung abgeschaltet sein muß. Zu diesem Zweck werden bestimmte Kameraden zu dieser Arbeit beauftragt, welche auch — das wurde schon öfter festgestellt — die Arbeit vorchriftsmäßig ausführen. Leider sind auch die Autoführer im Besitz von Schaltstiftern, so daß diese Leute zu jeder Zeit wieder Strom auf die Leitung geben können, auch das wurde von Kameraden sehr oft beobachtet. So ist die Bergbehörde mit den Betriebsräten zur Kontrolle anwesend war, war alles in bester Ordnung.

In den meisten Fällen wird jedoch gefahren ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der Kameraden. Die Autoführer, die beim Ausschalten des Stromes gerade mitten auf der Strecke sind, und das betrifft natürlich nur die Autoführer vom Davidtschacht, haben natürlich ein Interesse daran, zum

Schacht zu kommen, weil ja für sie auch die Schicht zu Ende ist, so gut wie bei den anderen Kameraden. Die Grube dagegen weigert sich, den Kollegen die Überarbeit, die dadurch entsteht, zu bezahlen. Kameraden, das darf auf keinen Fall so weitergehen, daß dadurch unser Leben und unsere Gesundheit gefährdet wird. Wir verlangen, daß während der vorgeschriebenen Zeit auch der Strom ausgeschaltet bleibt. Sollte es noch einmal vorkommen, daß während der Seilschicht leere und volle Züge auf der Strecke fahren, werden wir geschlossen dagegen Stellung nehmen und die Autobahn nicht früher betreten, bevor nicht der Strom ausgeschaltet ist.

Geld war schon immer das Sinnbild der von den Unternehmern gezüchteten Streikbrecherorganisationen.

Die Führer der Nazis wollen keine Massenkampforganisationen, sondern „Volksgemeinschaftsorganisationen“. Das heißt, der Unternehmer und der Arbeiter sollen eine Gemeinschaft (!), ein Ganzes, bilden.

Bei uns ist es ja noch nicht so weit. Unser Chef ist vorläufig noch bei der „Eiserne Front“. Die können das, was die Nazis gerne möchten, vorläufig noch besser (siehe Berliner Verkehrsarbeiterstreik und Papen-Notverordnung). Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist Herr Borchardt aber am längsten bei den „Eisernen“ gewesen. Wir haben nämlich folgendes erfahren: Liffon kam neulich zu Borchardt ins Zimmer gestürzt und rief „Freiheit“, worauf Borchardt antwortete „Ei-wai-h“. Das war nach dem glorreichen 6. November, wo die SPD sich mal wieder halb tot, „gefiegt“ hatte. Es scheint wahrhaftig, als ob Borchardt auf Papens Sprünge kommen möchte. Doch die alte Freundschaft ist noch nicht ganz gebrochen (sie wird auch nicht) und die neue ist noch im Werden.

Die Nazis bei Zielsch sind augenblicklich in einer üblen Lage. Sie wollen doch die Juden alle auffressen. Nun haben aber die paar Männchen, die bei Zielsch sind, Angst, daß sie sich an so'n Hapen wie Borchardt den Magen verderben. Was aber nun? Wie wir erfahren, wollen sie bei der nächsten Mondfinsternis beim Portier Schreiber ein Plakat mit der Aufschrift anbringen: „Juden haben keinen Zutritt.“ Schreiber kann deswegen schon wochenlang nicht mehr schlafen. Wo stehen die Nazis? Nun, im Brennhaus, in der Formerei, in der Gießerei und in dem Vorzimmer des Herrn Borchardt gibt es einige dieser irregereizten Kollegen. Geföhren diese Nazi-Proleten zu den Nazi-Prinzen, -Generalen, -Krautjunker und -Großkapitalisten? Nein, sie müssen erkennen, daß sie in die Reihen ihrer kämpfenden Massengenossen gehören! Sie haben mit allen anderen Zielsch-Proleten ein Interesse am Kampf gegen die unhaltbaren Zustände im Betrieb, gegen den Lohnraub. Alle Arbeiter müssen deshalb die Einheitsfront unter der revolutionären Führung durch die RGO-Kollegen gegen den Unternehmer zusammenschließen.



INTERNATIONALER KAMPF GEGEN WEISSEN TERROR UND FASCHISMUS!

Wer macht's nach?

Grünberg. Der 66jährige Genosse Heinrich Lehmann hat in den zwei Monaten September und Oktober allein für 17,60 Mark Literatur verkauft und auf Sammellisten sowie durch Vertrieb von Marken für den Waffonds der Partei 12,40 Mark gesammelt! Der Genosse verkaufte 30 Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“, 40 „Rote Wähler“, 25 „Rote Echo“, 18 „Bauernzeitungen“, 11 „Kämpferinnen“, 3 „Zustrierte“, 50 verschiedene andere Zeitungen (Stück 5 Pf.), 20 Broschüren und 22 Waffondsmarken. Dieser alte Genosse muß jedem anderen, besonders den jungen Genossen, ein Vorbild sein!

Ermittelt und gepfändet!

Fraustadt. Die Zentrumsleute reden immer gerne und recht viel von „Christlichkeit“. Wie das in Wirklichkeit ist, mußte hier ein Arbeiter mit seiner Familie bei einem Zentrums-Hausbesitzer, namens Kudrjisch, erleben. Den Kindern des Arbeiters wurde verboten, in der Wohnung revolutionäre Lieder zu singen. Da nun der betreffende Arbeiter Wohlfahrtsunterstützung bezieht, die lange nicht zum Satteffen reicht, konnte er die Miete nicht mehr bezahlen. Die Zentrumsleute ließen darum zum Gericht und erhielten die Genehmigung zur Ermittlung. Ferner sollte der Arbeiter nachträglich die rückständige Miete bezahlen.

Im Auftrag der Zentrumsfrau Kudrjisch wurde dem Arbeiter Leuner durch den Gerichtsvollzieher ein Herren- und ein Damen-Jahrad, je ein Spiegel, Teppich, Trompete, Mandoline, ein großes Landhaßbild und eine Decke gepfändet. Die beiden Musikinstrumente wurden gepfändet, obwohl sie nicht Eigentum des Arbeiters, sondern der proletarischen Schulmeistertafel sind. Die Handlungsweise dieses Zentrums-Hausbesitzers wird bei allen christlichen Arbeitern große Empörung hervorrufen. Auf solche Maßnahmen müssen alle Arbeiter, ob christlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch, mit Einheitsfront der Tat antworten. Nur die proletarische Einheitsfront wird jeder Arbeiterfamilie eine gesunde Wohnung sichern!

Unfall im Hendschacht

Rothenbach. Im Untertagegebiet des Hendschachtes geriet Bergbauer Böhmert in den Bereich von durch Sprengschuß gelösten Gesteins. Er wurde verletzt und mußte ins Knappschafts-lazarett gebracht werden.

Auch dieser Unfall ist darauf zurückzuführen, daß ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Kameraden diese immer mehr durch den Schrei nach „Kohle“, „Kohlen...“ angetrieben werden. Die Kameraden müssen es ablehnen, durch diese Antreiberei noch besonders ihr Leben für die Grubentapitalisten aufs Spiel zu setzen. Schmiedet die Kampfeinheit zur Erhaltung eures Lebens und eurer Gesundheit in jeder Abteilung! Organisiert den gemeinsamen Kampf unter Führung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter gegen die unerträgliche Antreiberei!

So wurden die Erwerbslosen in Volkersdorf im Jahre 1931 betrogen

Volkersdorf. Es wurden vor Weihnachten 1931 in der Gemeinde ein Wagon Preßkohle (Winterhilfe) zum Preise von 0,85 Mark pro Zentner verkauft. Hauptächlich sollten die Rentner und Erwerbslosen diese billigen Kohlen erhalten. Es bekamen sogenannte „Aucharme“ von diesem „Segen“. Dagegen hätten wir noch nichts auszusprechen, aber jetzt kommt erst das Gemeinste, was man sich denken kann. Die Gemeinde machte aus dieser so schön gepriesenen „Winterhilfe“ ein „glänzendes Geschäft“. Es wurde von dem Wagon Kohle reichlich 60 Mark Ueberichung erzielt. Nun wird mancher Leier denken, daß Geld bekommen ja die Rentner und Erwerbslosen wieder. Der dieses denkt, ist im großen Irrtum. Der Ueberichung wurde genommen, um die Zinsen zu bezahlen. Wir fragen die Gemeindevorstellung, mit welchem Recht nehmt ihr dieses Geld den Rentnern und Erwerbslosen?

Euch Proleten von Volkersdorf rufen wir zu: Seht ihr nun, was die „Arbeitervertreter“ machen? In diesem Jahr müßt ihr wachamer sein. Schließt euch zusammen und kämpft gemeinsam für Brot, Kartoffeln und Kohlen, um von euch, euren Frauen und Kindern Hunger und Frost abzuwehren!

Krautjunker Schubert

Volkersdorf. Dem Nazi und Krautjunker Schubert aus Volkersdorf wurde eine Tafel auf Pfählen von seinem Grundstück gestohlen. Diese Tafel diente als „Aushängeschild“ für die Nazi-Zeitung „Völkischer Beobachter“. Wir raten dem Herrn Junker und machen ihm den Vorschlag, wieder eine solche Tafel hinzustellen und einen Wächter dazu. Sollte das Geld zur Beschaffung des Wächters die „schöne Wirtschaft“ nicht aufbringen, so raten wir dem Herrn Nazi, bei der Gemeinde einen Antrag zu stellen, um einen Wächter zu erhalten. Denn es wird ja bald wieder solche billige Kohle geben, und da kann ja die Gemeinde von dem Ueberichung den Wächter besolden. — Aber aufpassen muß dieser „saubere Herr“, daß ihm die Arbeiter keinen Strich durch die Rechnung machen!

Breslau und Umgebung

Für die politischen Gefangenen

Im Stadtteil Breslau-Nord der Roten Hilfe sammelten die Genossen, darunter die Frau eines politischen Gefangenen, bei einer Haus- und Hofpropaganda in vier Häusern 16 Mark und verkauften sehr viel Literatur. Ein Praxo dem Stadtteil Welcher Stadtteil macht es nach?

Zwei Genossen des Stadtteils West, unter diesen der von den Nazis verwundete Gen. E. und Gen. W., sammelten 13 Mark. Das ist Solidarität! Wer ist eben solche Solidarität?

Trotz Burgfrieden zwei neue Ortsgruppen der MfG.

Der Burgfrieden ist ein Mittel der Bourgeoisie zur Behinderung des Kampfes der Verteidigten gegen ihre Unterdrücker. Der Burgfrieden, der alle demokratischen Grundzüge verhöhnt und einen tiefen Eingriff in die Rechte der Verteidigten darstellt, soll eine gesteigerte Propaganda und Agitation für den revolutionären Ausweg verhindern. Um so begründeter ist es, daß durch die Initiative antireaktionärer Genossen zwei neue MfG-Ortsgruppen gegründet werden konnten. In Wilegansdorf bei Greiffenberg entstand eine neue Ortsgruppe mit acht Mitgliedern, und in Etzelwitz wurde eine solche mit 16 Mitgliedern ins Leben gerufen. Beide Ortsgruppen entstanden durch Stubenversammlungen.

Genossen, beantwortet den Angriff des Klassenfeindes mit höchster Aktivität. Organisiert Hunderte von Stubenversammlungen. Wählt aus allen Stubenversammlungen Delegierte in die Solidaritäts-Ausschüsse. Organisiert mit den Solidaritäts-Ausschüssen den Massenkampf der Erwerbslosen um ausreichende Unterhaltungen und Beihilfen. Schafft an der Solidaritätsfront das enge Kampfbündnis zwischen Betrieb und Stempelstellen, zwischen Stadt und Land. Entfesselt den Volksturm gegen Faschismus und Reaktion. Vorwärts für die Macht der Arbeiter und Bauern!

Bergeht nicht,

daß jeden Freitag und Sonnabend Großsammlungen und Sonntag Haus- und Hofpropaganda und Landsonntage der Roten Hilfe stattfinden.

Aus der Roten Hilfe

Der stellvertretende Erwin Herzog, wohnhaft Lohsestraße 32, bei König, ist aus der Roten Hilfe ausgeschlossen wegen organisatorischer Schwächen und provokatorischem Auftreten. Wir warnen alle Arbeiterorganisationen.

Arbeiter-Photographen. Zu Ausstellungs- und Propagandazwecken bitten die Genossen der Sowjetunion, von Frankreich und England, um Zusendung von Photos. Thema der Aufnahmen: Arbeiterleben, Kulturkampf, internationale Arbeiterbewegung. Vermittlungen durch: Exerzants-Informeljo Schweidnitz.

Zur Richtigstellung

In der Nr. 268 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. November 1932 unter dem Titel „Hausdurchsuchungen in der Räuberjagd“ ist ein Artikel erschienen, der behauptet, daß die uns zugestellten Unterlagen nicht den Tatsachen entsprechen.

Zur Genossenschaftsgesellschaft ist durch Urteil festgestellt worden, daß dieselbe keine eigenständige Handlungen vorlag. Zur Angelegenheit der Schwachen und Benen muß festgestellt werden, daß hier



Togal

unübertroffen bei
**Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen**

Ischias, Hexenschuß, Erkältungskrankheiten.
Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

die Angaben den Tatsachen entsprechen. Man kann hier die Schuld aber nicht dem Reporter hängen, sondern dem Verfasser zuschieben.

Wir müssen feststellen, daß die Unterlagen des Artikels von einigen Leuten aus Nachsicht und zur Schädigung in unrichtiger Weise zusammengetragen wurden. Die Redaktion hat sich nach persönlicher Information und durch zur Verfügung gestellte Unterlagen von der Unrichtigkeit der Unterlagen, die zum Artikel dienten, überzeugt.

Kleinbauern lehren den Faschisten den Rücken den Rücken

Preis. Die Nazi sind auf der Schnoorleut. In Schwabach gingen die Polenkreuzer zu den Bauern Getreide schnorren. Jeder Bauer sollte sich in eine Liste einzeichnen und angeben, wieviel Getreide er abgeben will für die NSDAP. Die Nazi wollen dieses Getreide an die Juden verkaufen, um dadurch ihre Wahlkosten bedecken zu können. Bei dem Einziehen des Getreides mußten die Nazi ersehen, daß insgesamt die Bauern an die 25 Zentner Getreide gezeichnet hatten, aber nur 12 Zentner eingeliefert wurden. Der Grund hierzu war der, daß der reiche Worsch nichts gibt und die Bauern kamen zur Erkenntnis, was hier gespielt wird. Sie erklärten, der reiche Worsch hat durch uns Dumme ein Landtagsmandat gekriegt und jetzt gibt er nicht einmal etwas, da brauchen wir auch nichts mehr zu geben.

Für den Worsch ist die soziale Frage gelöst, nicht aber für die anderen Bauern, die werden durch die ungeheuren Steuern ruiniert und gehen dabei zugrunde.

Diese Erkenntnis der Bauern ist ein guter Schritt vorwärts. Aber die kleinen werktätigen Bauern, die vom frühen Morgen bis in die späte Nacht selbst mit schuften müssen, müssen auch erkennen, daß

Jeder Gemeindegewerkschafter liest

KAMPFBLOCK

Reichsorgan der RGO, Industriegruppe Gemeinde und Verkehr

Preis: 1 Mark monatlich / 12 Mark jährlich

die Nazi ihre Todfeinde sind, die mit den Großagrarern und Rittergutsbesitzern zusammen dieses bankrotte kapitalistische System verteidigen, die Notverordnungen und Steuerlasten anerkennen, nach den staatlichen Futterkrüppeln trachten und auf dem Rücken der kleinen Bauern mit die Peitsche schwingen helfen, von denen ihr täglich getroffen werden.

Der werktätige Bauer kann aber nicht an der Seite der Rittergutsbesitzer, sondern muß an der Seite der Arbeiter kämpfen, die ebenfalls Not leiden und hungern und um ihre Befreiung kämpfen. Mit diesen zusammen müssen die kleinen Bauern gegen die Reichen kämpfen, dann wird auch die Befreiung der arbeitenden Bauern nicht mehr fern sein.

Statt Klassenkampf — Tanzkränzchen

Preis. Der SPD laufen die Proletarier immer fort. Die Brieger SPD-Ortsgruppe ist daher auf den genialen Gedanken gekommen, eine Frauenmitgliederversammlung mit anschließendem Tanz durchzuführen. Sie hoffen damit die Fluchtaktion zu bekämpfen. Während des Tanzes wird wahrscheinlich dann der Klassenkampf gegen den Faschismus beschlossen.

Die SPD-Arbeiter müssen das Spiel durchschauen. Hier sollen die Kollegen von den brennenden Tagesaufgaben abgehalten werden. Vor der Arbeiterklasse steht die Tatsache, daß die Kapitalisten mit allen Mitteln versuchen, die Lebenslage der Arbeiter herabzubrechen. Die Kapitalisten wollen sogar eine Faschistenregierung, um durch sie die Niederdrückung der Arbeiter besser und schneller vornehmen zu können. Die Unternehmer stehen in einer ununterbrochenen Offensive gegen die Arbeiter im Lohnabbau. Die Arbeiter erkennen, daß sie diesen rigorosen und brutalen Maßnahmen der Arbeiter eine starke Gegenwehr entgegenzusetzen müssen, erkennen, daß nur durch den Kampf die weitere Verelendung und die Offensive der Kapitalisten aufgehalten

Hast du schon deinen Arbeitskollegen als Abonnenten gewonnen?

werden kann. Das wissen auch die SPD-Führer. Darum rufen sie die Arbeiter zu Tanzkränzchen zusammen, damit sie über diese wichtigen Fragen hinweggetäuscht werden.

SPD-Arbeiter, lehrt diesem Tanzkränzchen den Rücken und reißt euch in die rote Kampffront der Werktätigen ein. Nur als Glied der roten kämpfenden Klassenfront werdet ihr in der Lage sein, diesem Treiben der Ausbeuter ein Ende zu setzen. Darum hinein in die kommunistische Partei, in die Partei des Klassenkampfes, kämpft mit uns Schulter an Schulter gegen jede Faschistenregierung, kämpft mit uns für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und für eine Arbeiter- und Bauernrepublik.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feindrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callmann, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesiache Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Straße 50.

Kopfschmerzen und Nervenschmerzen jeder Art bekämpft man erfolgreich mit den bekannten und von über 6000 Ärzten gerühmten Logal-Tabletten. Aber auch bei rheumatischen u. giftigen Schmerzen haben sich Logal-Tabletten glänzend bewährt. Logal sollte daher in keinem Hause fehlen. Es ist in jeder Apotheke erhältlich.

WERTHEIM

Breslau Tauentzienplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt

Frisches Fleisch	Kolonialwaren
Hammeldünnung u. Hals Pfd. 0.58	Vollreis 0.11, Bruchreis Pfd. 0.10
Hammelfleisch u. Rücken Pfd. 0.73	Haferflocken, Erbsen
Kalbshaxe Pfd. 0.28	geschält Pfd. 0.18
Kalbskamm Pfd. 0.45	Weizengries Pfd. 0.20
Suppenfleisch Pfd. 0.48	Eier-Schnittmudeln . Pfd. 0.38
Schmorfleisch o. Kn. Pfd. 0.68	Pflaumen, bosnisch, Pfd. a. 0.19
Schwineschinken . Pfd. 1.03	Baekohst, gemischt Pfd. 0.28
	Kakao . Pfd. 0.85, 0.58, 0.48
Wurstwaren	Käse, Fette
Blut- und Leberwurst Pfd. 0.54	Limburger, 20%, . Pfd. 0.44
Sülzwurst Pfd. 0.88	Harzerkäse . 3-Pfd.Kiste 0.78
Jagdwurst Pfd. 0.84	Tilsiter, ohn. Rinde Pfd. 0.48
Berliner Meltwurst . Pfd. 0.92	Dän. Schweizer 30% Pfd. 0.68
Hausm. Leberwurst . Pfd. 0.98	Rohschmalz Pfd. 0.48
Schinkenspeck . . . Pfd. 1.04	Margarine 3 Pfd. 0.80
Plochwurst, harte . Pfd. 1.08	Kokosfett 3 Pfd. 0.88
Konserven	Weine
Gemüse-Erbsen, mit geschnitt. Karott. 1/2 Dos. 0.48	1/2 Flasche mit Glas
Gemischtes Gemüse, mit frisch. Schoten 1/2 Dos. 0.82	Wermut, kräftig 0.76
Apfelsin 1/2 Dos. 0.50	Griech. Dessertwein, Malaga 0.98
Bratheringe . 1-Ltr.-Dos. 0.58	Tarragona, Muskateller . 0.96
	Jamaika-Rum-Verschnitt . 2.25
Obst	Räucherwaren
Kranzfeigen Pfd. 0.21	Sprossen Kistchen 0.24
Tiroler Apfel Pfd. 0.20	Büchlinge Pfd. 0.28
Josef-Musch-Aepfel . Pfd. 0.24	Merlan Pfd. 0.28
Neue Walnüsse . . . Pfd. 0.38	Heringsmilch u. Rogen Pfd. 0.22
Pflaumenmus - .32	Dessertkäse - .24
Pfund	1/2-Schachtel

Zentral-Theater

Breslau, Westendstraße 50-52

Bis Donnerstag, den 1. Dezember

Das sensationelle Doppelprogramm
2 Tonfilme in glänzender Mischung
„King Oedra als „Schüchternes Fräulein“
in der
melodienreichsten Lia-Tonfilm-Operette
„Mamsell Nitouche“
mit Oskar Karlweh, Georg Alexander
Hans Junfermann

Der eindrucksvollste Tonfilm des Jahres!
„Der Mann, den sein Gewissen trieb“
Ein Tonfilm von Ernst Lubitsch
mit Lionel Barrymore

Ufa-Wochenschau Ton-Kulturfilm der Ufa
Auf der Bühne:
Ein halbes Stündchen bei Johann Strauß
(Ein Walzerabend)

ausgeführt vom Zentral-Jazz-Orchester
Beginn: Täglich 4.30, Letzte Vorst. 8.45

8 Billard - Großes

Billard-Preis-Turnier
anschließend Tanz
Gesellschaftshaus
zum „Oderstrom“
Ulsterstraße 47-48
Sonntag, 28. Nov.
von 7 bis 12 Uhr
Weihnachtspreise
Sonntag TANZ

Manchester-Hosen

schwarz, grau und
braun 10.-, 8.50
6.50, 3.90

A. Malinowitzer
Klosterstr. 23

Alte Geldscheine

kaufen, Sammlerwert
b. 10 Mk. pr. St.
Für Einkaufsliste u.
Kuponkarte 24 Big.
H. Mohr, Dresden 30

Inserate

haben in unserer
Zeitung
besten
Erfolg

Achtung Bastler!

Leisten aller Art Tischfüße, Stuhl-
füße, Möbelbeschläge, Polituren,
Lacke, Sperrholz-Ausschnitt usw.
kaufen Sie am billigsten im Spezialhaus
Oswald Klotz
Breslau, Neumarkt 37

Abonnentenwerber

für den „Arbeiter-Sender“
die einzige proletarische
Radio-Zeitschrift, bei hoher
Provision und sofortiger Pro-
visionsauszahlung gesucht.
Bewerber, die bereits für die
proletarische Presse geworben
haben, wend. sich direkt an den
Verlag „Arbeiter-Sender“
Berlin SW 68, Friedrichstraße 236



Morgen
Haupt-
Tag
Kind-
Markt

des freigebigen
Weihnachtsmannes
in der märchenhaft
niedrigen Weihnachts-
weise im

Hand-
Tücher
für Haus u. Küche
rein Leinen,
45x100 cm, ge-
sämt u. gebänd.

35 Pf.

Haushalts-
Kittel
aus festem Zephir
mit absteckender
Pastell-Berliner.

85 Pf.

Morgen-
Röcke
aus molligen
Fleisch-Stoff, mit
absteck. Besatz

1.48

Centawer
SCHMIEDEBRÜCKE 7-10

Capitol Strehlen

Von Freitag bis Montag
W. 6.45, 9, Sonntag 3, letzte Vorst. 9 Uhr

Wie sag ich's meinem Mann

mit
Rebete Müller, Georg Alexander

Arbeiter-Samariter-Kolonie

Weißstein

Sonntag, a 27. Nov., abends im 7 Uhr
ein Gosthaus zum Finsterbrunn ei Weißstein

Schlächter Abend

zur Neubeschaffung von Verbands-Material
und Lehrmitteln

Kassenöffnung im Sechse Ofang im sieben
Eitritt vier Biehma Noch dam Theater is Tanz
Nachmittg im ees ies Kinderdarstellung
Eitritt en Biehma
Es lodet hierzu olle Freunde und Gönner
harzlichst ei

Der Wart Der Vierstand

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Simon
Schwarzwaldau, Bez. Landeshut

P. Gruber
Schweidnitz, Hohstr. 15
Damenputzgeschäft und Hutgeschäft

Drogen, Farben, Photo
+ Dornbusch-Drogerie +
Liegnitz, Jauerstraße 68